

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 28/2021

15. Juli 2021

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsische Staatsregierung

Statut des Lessing-Preises des Freistaates Sachsen vom 25. Juni 2021 ..... 907

### Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Islamischer Förderverein Bremen e. V.“ und Gläubigeraufruf vom 29. Juni 2021 ..... 909

### Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Verbesserung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Richtlinie KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserung – RL KiTa-QuTVerb) vom 29. Juni 2021 ..... 911

### Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) Az.: 21-0502/3/21-2021/98986 vom 29. Juni 2021 ..... 917

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Allgemeinverfügung zu besonderen Schutzmaßnahmen in Schulen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie Az.: 15-5012/172/24 vom 30. Juni 2021 ..... 931

### Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Erste Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Schaf- und Ziegenhaltung vom 29. Juni 2021 ..... 934

### Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Richtlinie des Staatsministeriums für Regionalentwicklung für die Förderung von besonderen Initiativen zur zukunftsorientierten Entwicklung der Regionen, Städte und Dörfer, der Baukultur und des Innovativen Bauens im Freistaat Sachsen (Förderrichtlinie Besondere Regionale Initiativen – FRL RegIn/2021) vom 25. Juni 2021 ..... 935

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die wesentliche Änderung des Lehr- und Versuchsgutes Köllitsch, Am Park 3, 04886 Köllitsch – Auslegung des Antrages und der Unterlagen – Gz.: 44-8431/2201 vom 30. Juni 2021 ..... 940

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Entstehung der Stiftung „Wolfshort 2020“ Gz.: 20-2245/664/1 vom 1. Juli 2021 ..... 942

### Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr über die Umstufung von Straßen in der Kreisfreien Stadt Chemnitz vom 29. Juni 2021 ..... 943

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Tontagebau Buchholz“ nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 29. Juni 2021 ..... 945

Bekanntmachung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien über die Änderung der Satzung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien zur Förderung der Verbreitungskosten lokaler Fernsehveranstalter (Förderprogramm Verbreitungskosten lokaler Fernsehveranstalter) vom 29. Juni 2021 ..... 947

Satzung zur Durchführung der Vorschriften gemäß § 84 Absatz 8 Medienstaatsvertrag zur leichten Auffindbarkeit von privaten Angeboten (Public-Value-Satzung) vom 29. Juni 2021 ..... 949

Bekanntmachung des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge über die Genehmigung der 5. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Bad Schandau (erfüllende Gemeinde) und den Gemeinden Rathmannsdorf und Reinhardtsdorf-Schöna vom 24. Juni 2021 ..... 952

5. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Bad Schandau und den Gemeinden Rathmannsdorf und Reinhardtsdorf-Schöna ..... 953

# **Sächsische Staatsregierung**

## **Statut**

### **des Lessing-Preises des Freistaates Sachsen**

#### **Vom 25. Juni 2021**

Im Andenken an Gotthold Ephraim Lessing, dem sich der Freistaat Sachsen verpflichtet fühlt, stiftet die Staatsregierung den

#### **Lessing-Preis des Freistaates Sachsen.**

Mit ihm sollen herausragende Leistungen im Geiste Lessings, vornehmlich auf dem Gebiet der Literatur, der Literaturkritik und des Theaters, gewürdigt und vielversprechende Anfänge in diesen Bereichen gefördert werden.

Der Lessing-Preis wird alle zwei Jahre, in der Regel am 21. Januar, dem Vorabend des Geburtstages Lessings, im Rahmen der Lessing-Tage der Geburtsstadt Kamenz durch die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen verliehen, erstmalig im Jahre 1993.

#### **Artikel 1**

Der Lessing-Preis ist mit 20 000 Euro dotiert. Für bis zu drei Förderpreise zum Lessing-Preis stehen 15 000 Euro zur Verfügung, über deren Aufteilung das Kuratorium entscheidet. Die Preisträgerinnen oder Preisträger erhalten eine Lessing-Plakette aus Meissener Porzellan.

#### **Artikel 2**

Der Preis soll Persönlichkeiten zuerkannt werden, deren Werk in der von Lessing geprägten geistigen Tradition steht und die für die deutschsprachige Literatur oder das deutschsprachige Theater Herausragendes geleistet haben.

#### **Artikel 3**

Der Lessing-Preis wird ungeteilt für eine bedeutende Leistung oder in Anerkennung eines Lebenswerkes verliehen.

#### **Artikel 4**

Die Förderpreise zum Lessing-Preis sollen jungen Persönlichkeiten zuerkannt werden, die durch ihre Leistungen auf sich aufmerksam gemacht haben, vornehmlich solchen, die eine besondere Beziehung zu Sachsen haben. Die Auszeichnung soll Anerkennung ausdrücken und zu weiterer Ausbildung anspornen.

#### **Artikel 5**

Der Lessing-Preis und die Förderpreise zum Lessing-Preis werden nicht öffentlich ausgeschrieben. Eine Bewerbung ist nicht möglich. Ein Vorschlagsrecht steht nur den Mitgliedern des Kuratoriums zu.

#### **Artikel 6**

Über die Vergabe des Lessing-Preises und der Förderpreise zum Lessing-Preis entscheidet ein Kuratorium.

Das Kuratorium besteht aus elf stimmberechtigten Mitgliedern und einem Mitglied mit beratender Stimme, das von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister der Stadt Kamenz vorgeschlagen wird. Den Vorsitz des Kuratoriums führt die für die Förderung der Kultur zuständige Staatsministerin oder der für die Förderung der Kultur zuständige Staatsminister oder eine von ihr oder ihm bestimmte Person aus dem für die Förderung der Kultur zuständigen Staatsministerium.

Die Kuratoriumsmitglieder werden auf Vorschlag der für die Förderung der Kultur zuständigen Staatsministerin oder des für die Förderung der Kultur zuständigen Staatsministers für sechs Jahre von der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten berufen.

Die Mitglieder können während der Amtszeit auf eigenen Wunsch aus dem Kuratorium ausscheiden.

#### **Artikel 7**

Das Kuratorium wird von der oder dem Vorsitzenden einberufen. Die Beratungen sind nicht öffentlich. Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mindestens sechs stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Das Kuratorium kann von der Vergabe eines Preises absehen.

Die Mitglieder des Kuratoriums sind in ihrer Entscheidung unabhängig. Der Preis darf einer Persönlichkeit nur einmal verliehen werden.

Die Entscheidung des Kuratoriums ist verbindlich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

#### **Artikel 8**

Die Preise können nicht an Mitglieder des Kuratoriums verliehen werden.

#### **Artikel 9**

Das Statut kann auf Vorschlag des für die Förderung der Kultur zuständigen Staatsministeriums durch die Sächsische Staatsregierung geändert werden.

**Artikel 10**

Dieses Statut tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Statut des Lessing-Preises des

Freistaates Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2019 (SächsABl. S. 779), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 17. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 334), außer Kraft.

Dresden, den 25. Juni 2021

Der Ministerpräsident  
Michael Kretschmer

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus  
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus  
Barbara Klepsch

# **Sächsisches Staatsministerium des Innern**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Islamischer Förderverein Bremen e.V.“ und Gläubigeraufruf**

**Vom 29. Juni 2021**

## **Freie Hansestadt Bremen Öffentliches Vereinsrecht; Bekanntmachung über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Islamischer Förderverein Bremen e.V.“ und Gläubigeraufruf**

**Vom 21. Juni 2021**

Die Verbotsverfügung des Senators für Inneres vom 2. Februar 2016 gegen den Verein „Islamischer Förderverein Bremen e.V.“ ist bestandskräftig geworden.

Gegen die Verbotsverfügung vom 2. Februar 2016 wurde am 15. März 2016 Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Bremen eingelegt. Mit Schreiben vom 12. März 2021 wurde die Klage zurückgenommen. Mit Beschluss vom 15. März 2021 (Aktenzeichen: 1 D 69/16) hat der 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts Bremen das Verfahren eingestellt.

Die Verbotsverfügung ist unanfechtbar geworden.

Der verfügende Teil des Verbots wird gemäß § 7 Absatz 1 des Vereinsgesetzes nachfolgend bekannt gegeben:

### **Verfügung:**

1. Der Verein „Islamischer Förderverein Bremen e.V.“ ist eine Ersatzorganisation des verbotenen Vereins „Kultur & Familien Verein e.V.“.
2. Der Verein „Islamischer Förderverein Bremen e.V.“ ist verboten. Er wird aufgelöst.
3. Das Vermögen des Vereins „Islamischer Förderverein Bremen e.V.“ wird beschlagnahmt und eingezogen.
4. Forderungen Dritter gegen den Verein „Islamischer Förderverein Bremen e.V.“ werden beschlagnahmt und eingezogen, soweit sie sich nach Art, Umfang oder Zweck als eine vorsätzliche Förderung der verfassungswidrigen Bestrebungen des Vereins darstellen oder soweit sie begründet wurden, um Vermögenswerte des Vereins dem behördlichen Zugriff zu entziehen oder den Wert des Vermögens der Organisation zu mindern. Hat ein

Gläubiger eine solche Forderung durch Abtretung erworben, wird sie eingezogen, soweit der Gläubiger ihre Eigenschaft als Kollaborations- oder Umgehungsforderung im Zeitpunkt ihres Erwerbs kannte.

5. Sachen Dritter werden beschlagnahmt und eingezogen, soweit der Berechtigte durch Überlassung der Sachen an den Verein „Islamischer Förderverein Bremen e.V.“ dessen verfassungswidrige Bestrebungen vorsätzlich gefördert hat oder die Sachen zur Förderung dieser Bestrebungen bestimmt sind.
6. Die Verfügung ist von Gesetzes wegen sofort vollziehbar (§ 8 Absatz 2 Satz 3 Vereinsgesetz).

### **Gläubigeraufruf:**

Die Gläubiger des verbotenen Vereins werden nach § 15 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts aufgefordert,

- ihre Forderungen bis zum 12. August 2021 unter Angabe des Betrages und des Grundes bei dem Senator für Inneres, Contrescarpe 22/24, 28195 Bremen anzumelden,
- ein im Falle der Insolvenz beanspruchtes Vorrecht anzugeben, soweit dieses Voraussetzung für eine vorzeitige Befriedigung nach § 16 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts ist,
- nach Möglichkeit urkundliche Beweisstücke oder Abschriften hiervon beizufügen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Forderungen, die bis zum 12. August 2021 nicht angemeldet werden, nach § 13 Absatz 1 Satz 3 des Vereinsgesetzes erlöschen.

Bremen, den 21. Juni 2021

Der Senator für Inneres  
Im Auftrag  
Himmelmann

Dresden, den 29. Juni 2021

Sächsisches Staatsministerium des Innern  
Tüshaus  
Referatsleiter

# Sächsisches Staatsministerium für Kultus

## Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Verbesserung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Richtlinie KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserung – RL KiTa-QuTVerb)

Vom 29. Juni 2021

### Teil A: Allgemeine Regelungen

#### I.

#### Zuwendungszweck und Rechtsgrundlagen

Der Freistaat Sachsen gewährt auf der Grundlage des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes vom 19. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2696), nach Maßgabe dieser Richtlinie und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S352), in der jeweils geltenden Fassung, Zuwendungen für Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen besteht nicht. Die Bewilligungsstelle entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

#### II.

#### Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung sind gemäß § 1 Absatz 2 Satz 1 des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes folgende Maßnahmen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für Kinder bis zum Schuleintritt:

im Handlungsfeld „Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte“ des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes (Abschnitt 1)

- Maßnahme 1: Steigerung der Attraktivität des Tätigkeitsfeldes durch Freistellung von Fachkräften zur Praxisanleitung in Kindertageseinrichtungen,
- Maßnahme 2: Personalkostenzuschuss für Personen in berufsbegleitender Fort- oder Weiterbildung und berufsbegleitendem Studium zur Erschließung neuer Zielgruppen und zur Fachkräftegewinnung in Kindertageseinrichtungen,
- Maßnahme 3: Zuschuss zur Qualifizierung der Praxisanleitung in Kindertageseinrichtungen,

im Handlungsfeld „Starke Kindertagespflege“ des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes (Abschnitt 2)

- Maßnahme 4: Stärkung der Arbeitsfähigkeit von Kindertagespflegepersonen durch die Gewährung eines Zuschusses für die Finanzierung von Ausfallzeiten der Kindertagespflegepersonen oder die Weiterentwicklung kommunaler Vertretungslösungen für die Kindertagespflege,

im Handlungsfeld „Bewältigung inhaltlicher Herausforderungen“ des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes (Abschnitt 3)

- Maßnahme 5: Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit durch Förderung von Teamfortbildungen zu ausgewählten Themen in Kindertageseinrichtungen,
- Maßnahme 6: Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit durch Verbesserung der Ausstattung mit digitalen Medien in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege.

#### III.

#### Allgemeine Zuwendungsbestimmungen

1. Zuwendungen aus Bundesmitteln werden für die Maßnahmen 1 bis 6 nur gewährt für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen, in denen überwiegend Kinder bis zum Schuleintritt betreut werden. Abweichend von Satz 1 können ergänzend aus Landesmitteln Zuwendungen für die Maßnahme 1 für Kindertageseinrichtungen für schulpflichtige Kinder gewährt werden. Die übrigen Regelungen der Richtlinie gelten entsprechend.
2. Die Zuwendungen werden im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2022 (Bewilligungszeitraum) gewährt. Eine Doppelförderung mit Landes- oder kommunalen Mitteln ist ausgeschlossen.
3. Die Zuwendungen werden als Zuschuss im Rahmen der Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt.
4. Die weiteren maßnahmespezifischen Zuwendungsvooraussetzungen richten sich nach Teil B dieser Richtlinie.

#### IV. Verfahren

1. Antrags- und Bewilligungsstelle ist der Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV).
2. Antragsverfahren  
Die Träger der Kindertageseinrichtungen beziehungsweise die kommunalen Gebietskörperschaften die Kindertagespflege nach § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 2009 (SächsGVBl. S. 225), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, anbieten oder nach § 23 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 4 des Gesetzes vom 16. Juni 2021 (BGBl. I S. 1810) geändert worden ist, finanzieren, beantragen die Zuwendung bei der Bewilligungsstelle. Es sind die von der Bewilligungsstelle vorgegebenen Antragsformulare oder EDV-Systeme zu verwenden. Die Antragstellung soll für die ausgewählten Maßnahmen zusammengefasst für mehrere Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflegestellen erfolgen. Dabei sind die entsprechend der jeweiligen Maßnahme in Nummer 1.3 Buchstabe b, Nummer 2.3 Buchstabe b, Nummer 3.3 Buchstabe b, Nummer 4.3 Buchstabe b, Nummer 5.3 Buchstabe b oder Nummer 6.3 Buchstabe b vorgegebenen Fachdaten zusammengefasst anzugeben. Zuwendungen nach Teil A Ziffer III Nummer 1 Satz 2 sind gesondert auszuweisen. Es gelten folgende Antragsfristen:
  - a) Anträge ausschließlich für das Jahr 2021: bis zum 31. August 2021
  - b) Anträge für die Jahre 2021 und 2022: bis zum 31. August 2021
  - c) Anträge ausschließlich für das Jahr 2022: bis zum 30. April 2022.
3. Bewilligungsverfahren  
Die Anträge sollen unverzüglich beschieden werden. Die Bewilligung erfolgt nach Antragseingang. Abweichungen werden zugelassen von Nummer 1.2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie von Nummer 1.1 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK). Abweichend von Nummer 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung und Nummer 1.3 VVK wird der vorzeitige förderunschädliche Maßnahmebeginn ab dem 1. Januar 2021 zugelassen.
4. Auszahlungsverfahren  
Abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung und Nummer 7.1 der VVK wird die Zuwendung wie folgt ausbezahlt:
  - a) für Anträge nach Nummer 2 Satz 5 Buchstabe a: 100 Prozent der Zuwendung im Oktober 2021
  - b) für Anträge nach Nummer 2 Satz 5 Buchstabe b: 100 Prozent der für das Jahr 2021 bewilligten Zuwendung im Oktober 2021, 50 Prozent der für das Jahr 2022 bewilligten Zuwendung im April 2022, 50 Prozent der für das Jahr 2022 bewilligten Zuwendung im Oktober 2022,
- c) für Anträge nach Nummer 2 Satz 5 Buchstabe c: 100 Prozent der Zuwendung im Oktober 2022  
Abweichend von Nummer 7.2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung oder Nummer 7.1 der VVK sind hierfür keine gesonderten Auszahlungsanträge erforderlich.
5. Mitteilungspflichten  
Abweichend von Nummer 8.2.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in Verbindung mit Nummer 8.2.5 der VVK erstreckt sich der Zeitraum der alsbaldigen Verwendung der Zuwendung auf den gesamten Bewilligungszeitraum. Abweichend von Nummer 8.7 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in Verbindung mit Nummer 8.5 der Anlage 2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung – ANBest-P), Nummer 8.3.1 und Nummer 8.5 der Anlage 3a der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften – ANBest-K) sind für die Zeit von der Auszahlung an bis zur zweckentsprechenden Verwendung keine Zinsen zu verlangen. Nummer 5.4 der ANBest-P sowie Nummer 5.4 der ANBest-K finden keine Anwendung.
6. Zweckbindung  
Für die Maßnahme 6 nach Teil B, Abschnitt 3, gilt gemäß Nummer 4.2.6 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in Verbindung mit Nummer 4.2.6 der VVK eine Zweckbindungsfrist von drei Jahren.
7. Verwendungsnachweisverfahren  
Die Zuwendungsempfänger reichen ihre Verwendungsnachweise bei der Bewilligungsstelle gemäß Nummer 6.2 bis 6.4 der ANBest-K (kommunale Träger) oder gemäß Nummer 6.2 bis 6.8 der ANBest-P (freie Träger) innerhalb von drei Monaten nach Ende des Bewilligungszeitraumes ein. Der einfache Verwendungsnachweis gemäß Nummer 6.7 ANBest-P wird zugelassen. Es sind die von der Bewilligungsstelle vorgegebenen Formulare oder EDV-Systeme zu verwenden. Zuwendungen nach Teil A Ziffer III Nummer 1 Satz 2 sind gesondert auszuweisen. Nummer 6.1 Satz 2 der ANBest-P findet keine Anwendung.
8. Unabhängig von der Vorlage des Verwendungsnachweises haben die Zuwendungsempfänger in dem von der Bewilligungsstelle vorgegebenen System eine Berichterstattung zum aktuellen Sachstand der Umsetzung der geförderten Maßnahme für das Jahr 2021 bis zum 28. Februar 2022 sowie für das Jahr 2022 bis zum 28. Februar 2023 vorzunehmen.
9. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Regelungen der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung einschließlich deren Anlagen, soweit diese Richtlinie keine abweichenden Regelungen trifft.



Teil B:  
**Maßnahmespezifische Regelungen**

Abschnitt 1  
**Förderung im Handlungsfeld „Gewinnung und  
Sicherung qualifizierter Fachkräfte“ des KiTa-  
Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes**

**Maßnahme 1:  
Steigerung der Attraktivität des Tätigkeitsfeldes durch  
Freistellung von Fachkräften zur Praxisanleitung in  
Kindertageseinrichtungen**

Ziel der Förderung ist es, die Träger von Kindertageseinrichtungen durch die Sicherstellung von zeitlichen Ressourcen für eine qualifizierte Praxisanleitung bei der Aus- und Weiterbildung und damit bei der Gewinnung neuer Fachkräfte zu unterstützen.

**1.1 Gegenstand der Förderung**

Gegenstand der Förderung ist die zeitliche Freistellung von pädagogischen Fachkräften zur Betreuung von Praktikantinnen und Praktikanten (Praxisanleitung). Praktikantinnen und Praktikanten sind Personen, die

- eine Ausbildung zur staatlich geprüften Sozialassistentin oder zum staatlich geprüften Sozialassistenten (Berufsfachschule in Vollzeit),
- eine berufsqualifizierende Weiterbildung zur staatlich anerkannten Heilerziehungspflegerin oder zum staatlich anerkannten Heilerziehungspfleger,
- eine berufsqualifizierende Weiterbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin oder zum staatlich anerkannten Erzieher (Fachschule in Vollzeit oder berufsbegleitend) oder
- einen der Studiengänge Kindheitspädagogik, Sozialpädagogik und Soziale Arbeit (Fachhochschule oder Berufsakademie in Vollzeit oder berufsbegleitend) belegen.

**1.2 Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind kommunale und freie Träger von Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen.

**1.3 Zuwendungsvoraussetzungen**

Zuwendungsvoraussetzungen sind:

- a) die Angabe der Anzahl der pädagogischen Fachkräfte für die Praxisanleitung, den Umfang der Freistellung in Stunden pro Woche sowie die zeitliche Dauer der Praxisanleitung, für die die Förderung beantragt wird,
- b) die Darstellung des Ist-Zustands vor der Förderung und des Soll-Zustands durch die Förderung für folgende Kriterien:
  - die Anzahl der pädagogischen Fachkräfte für die Praxisanleitung,
  - den Stundenumfang der Freistellung der pädagogischen Fachkräfte für die Praxisanleitung,
  - die Anzahl der von den pädagogischen Fachkräften für die Praxisanleitung angeleiteten und anzuleitenden Praktikantinnen und Praktikanten;
 Förderfähig ist dabei auch eine Sicherung bereits bestehender Standards.
- c) die Vorlage eines Kosten- und Finanzierungsplanes,
- d) eine Erklärung, dass die pädagogischen Fachkräfte für die Praxisanleitung, für welche die Zuwendung beantragt wird, folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Qualifikation nach § 5 Absatz 1 der Sächsischen Qualifikations- und Fortbildungsverordnung pädagogischer Fachkräfte vom 20. September 2010 (SächsGVBl. S. 277), die zuletzt durch die Verordnung vom 8. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 736) geändert worden ist, sowie
- Fortbildung auf der Grundlage der VwV Praxisanleiterfortbildung vom 12. Mai 2017 (MBI. SMK S. 154), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (Sächs. ABl. SDR. S. S 385).

e) eine Erklärung, dass die Freistellung der pädagogischen Fachkräfte für die Praxisanleitung ausschließlich für Praktikantinnen und Praktikanten gemäß Nummer 1.1 Satz 2 erfolgt.

f) eine Erklärung, dass die Freistellung der pädagogischen Fachkräfte für die Praxisanleitung mindestens im Umfang der beantragten Förderung, in der Regel zwei Stunden pro Woche und anzuleitende Praktikantin oder anzuleitenden Praktikanten, erfolgt.

g) eine Erklärung, dass das Personalvolumen, welches durch die Freistellung gebunden ist, ausgeglichen wird, so dass die Einhaltung der rechtlich vorgegebenen Personalschlüssel gewährleistet ist.

**1.4 Höhe der Förderung**

Die Zuwendung beträgt 30 Euro pro Stunde für bis zu zwei Anleitungsstunden pro Woche und in der Kindertageseinrichtung betreute Praktikantin oder betreuter Praktikant.

**Maßnahme 2:**

**Personalkostenzuschuss für Personen in berufsbegleitender Fort- oder Weiterbildung und berufsbegleitendem Studium zur Erschließung neuer Zielgruppen und zur Fachkräftegewinnung in Kindertageseinrichtungen**

Ziel der Förderung ist es, die Träger von Kindertageseinrichtungen durch eine Bezuschussung der einschlägigen berufsbegleitenden oder dualen Ausbildungs- oder Studiengänge bei der Gewinnung neuer qualifizierter Fachkräfte zu unterstützen.

**2.1 Gegenstand der Förderung**

Gegenstand der Förderung ist ein Zuschuss für in Teilzeit beschäftigte Personen, die berufsbegleitend oder dual

- eine berufsqualifizierende Weiterbildung zur „Staatlich anerkannten Erzieherin“ oder zum „Staatlich anerkannten Erzieher“,
- eine Fortbildung gemäß der VwV Weiterbildung Kindheitspädagogik vom 1. Oktober 2016 (Sächs. ABl. S. 1300), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (Sächs. ABl. SDR. S. S 385), oder
- ein Studium in einem der Studiengänge Kindheitspädagogik, Sozialpädagogik oder Soziale Arbeit absolvieren.

**2.2 Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind kommunale und freie Träger von Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen, bei denen die Personen in einer Aus-, Weiter- oder Fortbildung nach Nummer 2.1 angestellt sind.

**2.3 Zuwendungsvoraussetzungen**

Zuwendungsvoraussetzungen sind:

- a) die Angabe der Anzahl der Personen in einer Aus-, Weiter- oder Fortbildung nach Nummer 2.1 und die Monate der Förderung,
- b) eine Darstellung des Ist-Zustands vor der Förderung und des Soll-Zustands durch die Förderung in Bezug auf die Anzahl der Personen in einer Aus-, Weiter- oder Fortbildung nach Nummer 2.1, förderfähig ist dabei auch eine Sicherung bereits bestehender Standards,
- c) die Vorlage eines Kosten- und Finanzierungsplanes,
- d) eine Erklärung, dass ein entsprechender Platz in einer entsprechenden Fachschule, Fachhochschule, Berufsakademie oder Fortbildung vorhanden ist,
- e) eine Erklärung, dass mit der Person, für die eine Förderung beantragt wird, ein Arbeitsvertrag mit einem Beschäftigungsumfang von mindestens 20 Stunden pro Woche abgeschlossen wurde.

**2.4 Höhe der Förderung**

Die Zuwendung beträgt bis zu 750 Euro pro Person und Monat in einer Aus-, Weiter- oder Fortbildung nach Nummer 2.1.

**Maßnahme 3:  
Zuschuss zur Qualifizierung der Praxisanleitung in Kindertageseinrichtungen**

Ziel der Förderung ist es, die Träger von Kindertageseinrichtungen durch die Sicherstellung einer qualifizierten Praxisanleitung bei der Aus- und Weiterbildung und damit der Gewinnung neuer Fachkräfte zu unterstützen.

**3.1 Gegenstand der Förderung**

Gegenstand der Förderung ist ein Zuschuss zum Absolvieren einer Fortbildung auf der Grundlage der VwV Praxisanleiterfortbildung.

**3.2 Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind kommunale und freie Träger von Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen.

**3.3 Zuwendungsvoraussetzungen**

Zuwendungsvoraussetzungen sind:

- a) die Angabe der Anzahl der pädagogischen Fachkräfte, für die eine Förderung beantragt wird,
- b) eine Darstellung des Ist-Zustands vor der Förderung und des Soll-Zustands durch die Förderung in Bezug auf die Anzahl der pädagogischen Fachkräfte mit absolvierter Fortbildung auf der Grundlage der VwV Praxisanleiterfortbildung,
- c) die Vorlage eines Kosten- und Finanzierungsplanes,
- d) eine Erklärung, dass die Person, die die Fortbildung absolvieren soll, die notwendigen Zulassungsvoraussetzungen gemäß Ziffer II der VwV Praxisanleiterfortbildung erfüllt,
- e) eine Erklärung, dass die Fortbildung den Vorgaben der VwV Praxisanleiterfortbildung entspricht,
- f) die Angabe zu Beginn und Ende der Fortbildungsmaßnahme für jede Fachkraft, für die eine Förderung beantragt wird.

**3.4 Höhe der Förderung**

Die Zuwendung beträgt bis zu 700 Euro pro Person und Fortbildungskurs.

**Abschnitt 2****Förderung im Handlungsfeld „Stärkung der Kindertagespflege“ des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes****Maßnahme 4:****Stärkung der Arbeitsfähigkeit von Kindertagespflegepersonen durch die Gewährung eines Zuschusses für die Finanzierung von Ausfallzeiten der Kindertagespflegeperson oder die Weiterentwicklung kommunaler Vertretungslösungen für die Kindertagespflege**

Ziel der Förderung ist es, dass perspektivisch alle Kindertagespflegepersonen eine Finanzierung für mindestens 38 Ausfalltage für Ausfallzeiten (zum Beispiel Krankheit, Urlaub, Fortbildung) erhalten. Die Höhe der Vergütung für die Ausfalltage soll sich an der Höhe der laufenden Geldleistung an die Kindertagespflege gemäß § 14 Absatz 6 Satz 3 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen orientieren. Zudem können die Gemeinden bei ihrer Aufgabe, die Vertretung für Ausfallzeiten der Kindertagespflegeperson durch eine anderweitige Betreuung der Kinder sicherzustellen und zu finanzieren, unterstützt werden. Die Förderung dient dem Erhalt und der Stärkung der Arbeitsfähigkeit der Kindertagespflegepersonen, da damit ein gesundheitsförderliches Arbeitsumfeld geschaffen wird.

**4.1 Gegenstand der Förderung**

Gegenstand der Förderung ist die Gewährung eines Zuschusses für die Vergütung von Ausfalltagen der Kindertagespflegepersonen oder für die Verbesserung von Vertretungslösungen in der Kindertagespflege.

**4.2 Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind Gemeinden, die Kindertagespflege nach § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen anbieten, und Landkreise, die Kindertagespflege nach § 23 des Achten Buches Sozialgesetzbuch finanzieren. Sofern Kommunen die Kindertagespflege durch Leistungsvereinbarungen mit freien Trägern geregelt haben, können auch diese freien Träger Zuwendungsempfänger sein.

**4.3 Zuwendungsvoraussetzungen**

Zuwendungsvoraussetzungen sind:

- a) die Angabe der Anzahl der Kindertagespflegepersonen, für die eine Förderung beantragt wird. Die Zuwendung kann auch gewährt werden für Kindertagespflegepersonen, die die Ersatzbetreuung anbieten,
- b) eine Darstellung des Ist-Zustands vor der Förderung und des Soll-Zustands durch die Förderung in Bezug auf die Anzahl der kommunal finanzierten Ausfalltage für Ausfallzeiten der Kindertagespflegepersonen, die Höhe der Vergütung pro Ausfalltag sowie die Vertretungslösung in der kommunalen Gebietskörperschaft;
- c) die Vorlage eines Kosten- und Finanzierungsplanes,
- d) eine Erklärung, dass sich die Vergütung für die Ausfalltage an der Höhe der laufenden Geldleistung an die Kindertagespflege gemäß § 14 Absatz 6 Satz 3 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen orientiert und unabhängig von der tatsächlichen Anwesenheit der vertraglich gebundenen Kinder erfolgt.
- e) Die Zuwendung soll vorrangig für die Erhöhung der Anzahl der finanzierten Ausfalltage verwendet werden. Wenn bereits 38 Ausfalltage finanziert werden, kann die Zuwendung auch für die Erhöhung der Vergütung für die finanzierten Ausfalltage oder zum

Aufbau, zur Sicherung oder zur Weiterentwicklung der kommunal finanzierten Vertretungslösungen für Ausfalltage verwendet werden. Übergreifende Vertretungslösungen sind möglich. Dafür können Kooperationsvereinbarungen vorgelegt werden, in denen eine gemeinsame Ko-Finanzierung beschrieben wird.

#### 4.4 Höhe der Förderung

Die Zuwendung beträgt bis zu 1 900 Euro pro Jahr und Kindertagespflegeperson.

### Abschnitt 3

#### **Förderung im Handlungsfeld „Bewältigung inhaltlicher Herausforderungen“ des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes**

#### **Maßnahme 5:**

##### **Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit durch Förderung von Teamfortbildungen zu ausgewählten Themen in Kindertageseinrichtungen**

Ziel der Förderung ist es, dass die pädagogischen Fachkräfte perspektivisch über Kenntnisse und Kompetenzen zur Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) sowie ihre Version für Kinder und Jugendliche (ICF-CY) verfügen. Damit soll eine gemeinsame Sprache und ein Rahmen für die Planung von Förderung und Therapie sowie die Formulierung von Förder- und Behandlungszielen bereitgestellt werden. Hintergrund ist insbesondere, dass interdisziplinäre Förderung sowohl einer interprofessionellen Zusammenarbeit als auch der Betrachtung der Familienbedürfnisse bedarf, um die Partizipationsmöglichkeiten zu verbessern.

#### 5.1 Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung sind Teamfortbildungen zu den nachfolgend genannten Themen der pädagogischen Arbeit, um inhaltliche Herausforderungen in der Kindertagesbetreuung besser bewältigen zu können:

- praxisnahe Umsetzung des ICF-CY in der Kindertagesbetreuung,
- Inklusion in der Kindertagesbetreuung sowie
- Kinderschutz und soziale Arbeit in der Kindertagesbetreuung.

#### 5.2 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind kommunale und freie Träger von Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen.

#### 5.3 Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungsvoraussetzungen sind:

- a) die Benennung der Anzahl der Kindertageseinrichtungen, für die eine Förderung beantragt wird, und des jeweiligen Themenschwerpunktes,
- b) eine Darstellung des Ist-Zustands vor der Förderung und des Soll-Zustands durch die Förderung in Bezug auf die Anzahl pädagogischer Fachkräfte in der Kindertageseinrichtung mit Kompetenzen in dem jeweiligen Themenschwerpunkt,
- c) die Vorlage eines Kosten- und Finanzierungsplanes,
- d) eine Erklärung, dass die zum Einsatz kommenden Referentinnen und Referenten grundsätzlich über mehrjährige Erfahrung im Bereich der Kindertagesbetreuung und über Erfahrungen in der Erwachsenenbildung verfügen,

- e) eine Erklärung, dass die Teamfortbildung insgesamt mindestens 32 Seminareinheiten je 45 Minuten (inklusive Reflexion) umfasst. Die nachfolgend genannten Inhalte der Themenschwerpunkt sind als Orientierung zu verstehen und können entsprechend dem fachlichen Bedarf angepasst werden.

##### aa) Praxisnahe Umsetzung des ICF-CY in der Kindertagesbetreuung:

- Wissen über die Zusammenhänge des Bildungsplanes und der ICF-CY,
- Kenntnisse über die Einordnung der ICF-CY in das Beobachtungssystem der Kindertageseinrichtung,
- Grundlagenwissen über das Anliegen und die Struktur der ICF-CY,
- gemeinsame Sprache und Perspektive,
- Einblick in die Lebensbereiche der ICF-CY sowie
- Konsequenzen für die Förderplangestaltung.

##### bb) Inklusion in der Kindertagesbetreuung:

- Anspruch auf Eingliederungshilfe,
- Begründungen für die ICF-CY – UN-BRK,
- Aufgaben der pädagogischen und heilpädagogischen Fachkräfte,
- Beobachtung, Dokumentation, Reflexion,
- Erfassung des Entwicklungsstandes des Kindes,
- das Kind als Akteur seiner Bildungsprozesse,
- die soziale Einbindung von Kindern.

##### cc) Kinderschutz und soziale Arbeit in der Kindertagesbetreuung:

- Verdacht auf Kindeswohlgefährdung,
- Arten von Kindeswohlgefährdung,
- Beratungs-, Begleitungs- und Unterstützungsbedarfe insbesondere von sozial benachteiligten Familien,
- Unterstützung von Kindern mit Förder- und Unterstützungsbedarfen im Rahmen spezifischer sozialpädagogischer Angebote und Settings,
- Bedarfsermittlung in den Kindertageseinrichtungen, Vernetzung und Kooperation,
- Einzelfallhilfe im Falle spezifischer individueller Bedarfe an Hilfe und Unterstützung,
- Abbau geschlechterspezifischer Stereotype.

- f) die Angabe zu Beginn- und Enddatum der Fortbildungen.

#### 5.4 Höhe der Förderung

Die Zuwendung beträgt je Kurs 3 200 Euro. Mit diesem Festbetrag sind auch etwaige Honorare einschließlich Reisekosten der Honorarkräfte abgegolten.

#### **Maßnahme 6:**

##### **Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit durch Verbesserung der Ausstattung mit digitalen Medien in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege**

Ziel der Förderung ist es, Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen durch eine bessere Ausstattung mit digitalen Medien bei der Weiterentwicklung ihrer pädagogischen Arbeit zu unterstützen.

**6.1 Gegenstand der Förderung**

Gegenstand der Förderung sind Maßnahmen zur Anschaffung digitaler Medien und Technik für die digitale pädagogische Arbeit. Dies sind insbesondere

- Maßnahmen zur Schaffung oder Verbesserung der technischen Voraussetzungen (zum Beispiel WLAN-Zugang, Hardware),
- Anschaffung technischer Geräte (PC, Laptops, Notebooks und Tablets als mobile Endgeräte, Digitalkamera).

Die Anschaffung von Smartphones ist nicht förderfähig.

**6.2 Zuwendungsempfänger**

Zuwendungsempfänger sind:

- bei der Förderung von Kindertageseinrichtungen: kommunale oder freie Träger von Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen sowie
- bei der Förderung von Kindertagespflegestellen: Gemeinden, die Kindertagespflege nach § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen anbieten, und Landkreise, die Kindertagespflege nach § 23 des Achten Buches Sozialgesetzbuch finanzieren.

**6.3 Zuwendungsvoraussetzungen**

Zuwendungsvoraussetzungen sind:

- a) die Angabe der Anzahl der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen, für die eine

Förderung beantragt wird, und Benennung der konkreten Maßnahme,

- b) eine Darstellung des Ist-Zustands vor der Förderung und des Soll-Zustands durch die Förderung in Bezug auf die Anzahl der Geräte zum digitalen Arbeiten sowie die Häufigkeit der Nutzung der digitalen Medien in der Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle,
- c) die Vorlage eines Kosten- und Finanzierungsplanes,
- d) eine Erklärung, dass für die Maßnahme keine Bundesmittel auf der Grundlage der Förderrichtlinie Kinderbetreuungsfinanzierung Bund vom 8. Oktober 2020 (SächsABl. S. 1254) gewährt werden.

**6.4 Höhe der Förderung**

Die Zuwendung beträgt einmalig je Kindertageseinrichtung bis zu 3 500 Euro und je Kindertagespflegestelle bis zu 1 500 Euro.

Teil C:

**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft und zum 31. Dezember 2023 außer Kraft.

Dresden, den 29. Juni 2021

Der Staatsminister für Kultus  
Christian Piwarz

# **Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**

### **Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19)**

**Az.: 21-0502/3/21-2021/98986**

**Vom 29. Juni 2021**

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt erlässt auf der Grundlage von § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 und § 28a Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 und 6 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), von denen § 28 Absatz 1 Satz 1 durch Artikel 1 Nummer 16 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397) geändert, § 28 Absatz 1 Satz 2 durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) neu gefasst, § 28a Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 6 durch Artikel 1 Nummer 17 des Gesetzes vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2397) eingefügt und § 28a Absatz 3 durch Artikel 1 Nummer 1c des Gesetzes vom 29. März 2021 (BGBl. I S. 370) geändert worden ist, folgende

#### **Allgemeinverfügung**

Zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) und mit Bezug auf die Infektionszahlen werden folgende Regelungen getroffen:

#### **I. Allgemeines**

Die Vorschriften unter Ziffer I sind auch im Rahmen der besonderen Hygieneregeln und auch für den Fall, dass die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet, zu beachten.

##### **1. Grundsätze**

- a) Es wird auf die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 22. Juni 2021 (SächsGVBl. S. 675) Bezug genommen. Soweit in der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung die zulässige Öffnung von Betrieben, Einrichtungen und Angeboten vom Unterschreiten bestimmter Inzidenzwerte abhängig ist, sind diese Inzidenzwerte auch im Rahmen der jeweiligen besonderen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung maßgeblich. Unterschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10, entfallen entsprechend § 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung infolge der Aufhebung der jeweiligen Beschränkungen auch die korrespondierenden spezifischen Hygieneregeln nach Ziffer II dieser

Allgemeinverfügung mit Ausnahme der Ziffern II.1 Buchstabe g, Ziffer II.2 Buchstabe f, Ziffer II.4 Buchstabe b, Ziffer II.5 Buchstabe b, Ziffer II.6 Buchstabe e und f, Ziffer II.7 Buchstabe e und f, Ziffer II.8 Buchstabe b und c, Ziffer II.9 Buchstabe d, Ziffer II.10 Buchstabe c, Ziffer II.11 Buchstabe c, Ziffer II.12 Buchstabe b, Ziffer II.13 Buchstabe h und Ziffer II.14 Buchstabe c. Die Coronavirus-Einreiseverordnung und die lebensmittelhygienerechtlichen Vorgaben bleiben unberührt. Zusätzliche regionale Beschränkungen, die durch die zuständigen kommunalen Behörden erlassen werden, sind zu beachten.

- b) Soweit gegen das SARS-CoV-2-Virus Geimpfte oder von einer SARS-CoV-2-Infektion Genesene nach § 9 Absatz 7 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung von der Testpflicht befreit sind, gilt dies mit Ausnahme der besonderen Hygieneregeln der Ziffern II.16 und II.18 auch im Rahmen dieser Allgemeinverfügung. Soweit die COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung vom 8. Mai 2021 (BANZ AT 08.05.2021 V1) Erleichterungen und Ausnahmen von den Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von COVID-19 vorsieht, gelten diese auch im Rahmen dieser Allgemeinverfügung.
- c) Wenn für den Zutritt zu einer Einrichtung ein negativer Testnachweis erforderlich ist, kann der Test vor Ort unter Aufsicht durchgeführt werden, wenn die örtlichen und personellen Gegebenheiten dies zulassen.
- d) Tätigkeits- und Beschäftigungsverbote nach dem Infektionsschutzgesetz sowie die Regelungen zu Kontaktpersonen sind zu beachten.
- e) Nur Personen ohne typische Symptome, die auf eine SARS-CoV-2-Infektion hinweisen, dürfen Betriebe, Einrichtungen und Angebote betreten, besuchen beziehungsweise nutzen. Die Betriebe und Einrichtungen sind angehalten, die Personen, welche die Betriebe, Einrichtungen und Angebote besuchen, betreten beziehungsweise nutzen, auf die Beachtung dieser Hygienevorschrift hinzuweisen.
- f) Sofern Betriebe und Einrichtungen nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zur Erstellung und Umsetzung von Hygiene- und Infektionsschutzkonzepten verpflichtet sind, sind dabei die Vorgaben zum Arbeitsschutz und die Inhalte aktueller branchenüblicher Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachver-

bände und die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtung zu berücksichtigen. Zudem sind die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen. Auf die Hygieneregeln nach dem jeweiligen Hygiene- und Infektionsschutzkonzept ist in angemessener Weise hinzuweisen (beispielsweise durch die Verwendung von Piktogrammen, Hinweisschildern oder Plakaten). In Betrieben, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen ist eine verantwortliche Person für die Einhaltung der Hygiene- und Infektionsschutzanforderungen zu benennen.

- g) Personal ist in Bezug auf die Einhaltung der Hygieneregeln während der Corona-Pandemie regelmäßig zu informieren.
- h) Der Mindestabstand und die Vorgaben zu Kontaktbeschränkungen sind grundsätzlich einzuhalten, sofern in der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung keine Ausnahmen geregelt sind.
- i) Die Husten- und Niesetikette ist zu beachten und einzuhalten.
- j) Alle Gelegenheiten zum Aufenthalt im Freien sollten genutzt werden. Treffen in Innenräumen sollten so kurz wie möglich gehalten werden.
- k) Kunststoffvisiere und Vergleichbares gelten nicht als Mund-Nasen-Schutz und Mund-Nasen-Bedeckung im Sinne dieser Allgemeinverfügung.
- l) Überschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10, sind zur Ermöglichung der Einhaltung des Mindestabstandes eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen in Abhängigkeit von der Raumgröße, Zugangsbeschränkungen sowie organisatorische Regelungen im Konzept festzulegen. Abstandsmarkierungen auf dem Boden können als Orientierung hilfreich sein. Auf die Abstandsregelungen ist gegebenenfalls auch vor dem Gebäude hinzuweisen.
- m) Enge Bereiche sind zu vermeiden und gegebenenfalls umzugestalten. Warteschlangen sind zu vermeiden. Überschreitet die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10, ist ein Einlassmanagement (beispielsweise durch Zählsysteme, Terminvergabe und anderes) zu gewährleisten.
- n) Die bedarfs- oder nutzungsabhängige, mindestens arbeitstägliche Reinigung von Flächen, Gegenständen und Trainingsgeräten sowie deren Frequenz sind beizubehalten.
- o) Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass sich alle Personen nach dem Betreten der unter Ziffer II genannten Orte die Hände waschen beziehungsweise desinfizieren können. Die Möglichkeiten zum Händewaschen (mit entsprechendem Abstand zueinander) sind mit Flüssigseife und zum Abtrocknen mit Einmalhandtüchern auszurüsten. Elektrische Handtrockner sind weniger geeignet, können aber belassen werden, wenn sie bereits eingebaut sind.
- p) Dem häufigen Händewaschen und gegebenenfalls Desinfizieren ist der Vorzug gegenüber dem Tragen von Einmalhandschuhen zu geben.
- q) Genutzte Räume sind häufig gründlich durch Stoß- oder Querlüften zu lüften. Dabei sollten Büroräume mindestens stündlich, Seminar- und Besprechungsräume alle 20 Minuten gründlich gelüftet werden.
- r) Die Nutzung von interaktiven Konzepten mit zusätzlichen Kontakten (Tastenbedienung, Touchscreens, Kopfhörer

und so weiter) sowie die Nutzung von Audioguides sind zu vermeiden (Zulassung nur mit mitgebrachten eigenen, käuflich erwerbenden, personenbezogenen Kopfhörern oder Verwendung von Einmalüberzügen oder reinigungsfähigen Schutzhüllen).

- s) Grundsätzlich sind in Betrieben und Einrichtungen beim Umgang mit Lebensmitteln die allgemeinen Regeln der Lebensmittelhygiene bei der Zubereitung, der Abgabe sowie dem Transport von Lebensmitteln und der Hygiene des Alltags zu beachten. Regelmäßiges Händewaschen ist unbedingt sicherzustellen.
- t) Arbeitgeber haben auf der Grundlage einer aktualisierten Gefährdungsbeurteilung besondere Arbeitsschutzmaßnahmen durchzuführen. Dabei sind die SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard, die SARS-CoV-2 Arbeitsschutzregel und, soweit vorhanden, deren branchenspezifischen Anpassungen durch den zuständigen Unfallversicherungsträger oder die Arbeitsschutzbehörde sowie die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Institutes zum Infektionsschutz in ihren jeweiligen geltenden Fassungen und ergänzend Konzepte und Empfehlungen der Fachverbände zu berücksichtigen.
- u) Die Nutzung der Corona-Warn-App des Bundes wird dringend empfohlen.

## 2. Klimaanlagen, Raumluftanlagen

- a) Da durch die Nutzung der Räume ein Überströmen und Verwirbeln der Luft nicht vermieden werden kann, bleiben Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen vom Lüftungskonzept eines Raumes unberührt.
- b) Für Lüftungsanlagen in Bereichen mit medizinischen Sonderanforderungen, beispielsweise intensiv-medizinisch betreute Patienten, sind die Strömungsanforderungen gemäß den geltenden Normen beziehungsweise Empfehlungen (zum Beispiel der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene) für raum-lufttechnische Anlagen in medizinischen Einrichtungen einzuhalten.
- c) Für sonstige Räume und in Bereichen ohne medizinische Sonderanforderungen im medizinischen und Pflegebereich werden keine zusätzlichen Forderungen zu Lüftungstechnischen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie erhoben. COVID-19-Patienten müssen nicht in zwangsbelüfteten Räumen untergebracht werden; vorhandene Lüftungen müssen nicht abgeschaltet werden. Da durch Fachkreise (zum Beispiel Kommission Reinhaltung der Luft vom VDI) nach derzeitigem Wissen die Wahrscheinlichkeit einer Übertragung von SARS-CoV-2 über raumlufttechnische Anlagen (RLTA) in Restaurants, Geschäften und Ähnlichen als sehr gering eingeschätzt wird, sollen raum-lufttechnische Anlagen nicht abgeschaltet werden. Es gelten die Anforderungen der Richtlinie VDI 6022; Wartungen sind regelmäßig durchzuführen. Bei RLTA mit Außenluft sollte das Außenluftvolumen erhöht werden, um einen entsprechenden Luftwechsel zu erreichen. In Räumen mit RLTA ohne zugeführte Außenluft sowie in Räumen ohne mechanische Lüftung ist während der Nutzung so oft wie möglich quer zu lüften, da Frischluft zur schnellen Verdünnung eventueller Virenlasten beiträgt.

## II. Besondere Regelungen

Sofern die Öffnung oder der Betrieb der im Folgenden genannten Einrichtungen und Angebote nach §§ 7, 10 bis 15, 18 bis 24 sowie 26 bis 30 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässig ist, gelten für diese jeweiligen Einrichtungen und Angebote folgende besondere Hygieneregeln:

### 1. Besondere Hygieneregeln für die Speisenversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den Gastronomiebetrieb im Innen- und Außenbereich einschließlich der Veranstaltung zulässiger Familien-, Vereins- und Firmenfeiern

- a) Bei der Abgabe von Speisen und Getränken in Selbstbedienung ist das Besteck einzeln über das Servicepersonal auszureichen.
- b) Sofern der Gastronomiebetrieb im Außenbereich zulässig ist, wird ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den belegten Stühlen benachbarter Tische vorgeschrieben. Sitz- und Stehplätze sind so zu gestalten, dass ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den Gästen sicher gewährleistet ist; Ausnahmen gelten für Personengruppen nach § 4 Absatz 1 bis 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung. Bis zum Erreichen und beim Verlassen des Sitzplatzes ist von den Gästen eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, sofern der Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen nicht eingehalten werden kann; das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, wird empfohlen.
- c) Sofern der Gastronomiebetrieb im Innenbereich zulässig ist, wird ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den belegten Stühlen benachbarter Tische vorgeschrieben. Sitz- und Stehplätze sind so zu gestalten, dass ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den Gästen sicher gewährleistet ist; Ausnahmen gelten für Personengruppen nach § 4 Absatz 1 bis 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung. Bis zum Erreichen und beim Verlassen des Sitzplatzes ist von den Gästen eine medizinische Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder eine FFP2-Maske oder eine vergleichbare Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, zu tragen. Personal ist zum Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder FFP2-Maske oder vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, verpflichtet.
- d) Es wird dringend empfohlen, auf Konsum am Bartresen zu verzichten.
- e) Gastronomiebetriebe, Hotels und Beherbergungsstätten dürfen in geschlossenen Räumen Veranstaltungen unter Einhaltung der Vorgaben der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung für die jeweilige Veranstaltungsart anbieten.
- f) In Spielzimmern oder Spielecken für Kinder in gastronomischen Einrichtungen sollte auf den Mindestabstand zwischen Kindern verschiedener Hausstände geachtet werden. Ausschließlich gut zu reinigendes Spielzeug sollte zur Verfügung stehen.
- g) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
  - Im Eingangsbereich zu Gastronomiebetrieben, Kantinen und Mensen, in gastronomisch genutzten Außenbereichen sowie im Ausgabebereich von mitnahmefähigen Speisen und Getränken sind Desinfektionsmittelspender aufzustellen.
  - Besondere Sorgfalt ist auf die Einhaltung hygienischer Kriterien bei Reinigungs- und Spülvorgängen von Geschirr, Gläsern und Besteck zu legen. Ge-

schirr, Gläser und Besteck müssen vor der Wiederverwendung vollständig trocken sein.

- Tablett- und Geschirrentnahmestellen sowie in Buffetform angebotene Speisen sind vor Niesen und Husten durch Kundschaft zu schützen. Für die Entnahme von Speisen in Selbstbedienung müssen Entnahmezangen oder vergleichbare Hilfsmittel verwendet werden. Entnahmezangen oder vergleichbare Hilfsmittel sind regelmäßig zu reinigen und zu desinfizieren. Die Einhaltung der Hygieneregeln für Buffets ist durch Servicepersonal zu beaufsichtigen. Die Bildung von Warteschlangen ist auch hier zu vermeiden.
- Das Shisha-Rauchen in gastronomischen und vergleichbaren Einrichtungen ist zulässig, sofern sichergestellt ist, dass pro Person eine Shisha/Wasserpfeife benutzt wird (außer bei Personen, die zu einem Hausstand gehören), Einwegschläuche und Einwegmundstücke benutzt werden, die Zubereitung der Shisha mit Handschuhen und Mundschutz erfolgt und jede Shisha nach der Benutzung gründlich gereinigt und desinfiziert wird. Dazu gehört auch die Reinigung des Glaskörpers mit einem desinfizierenden Reinigungsmittel. Nach dem Reinigen muss der Glaskörper vollkommen getrocknet werden. Erst unmittelbar vor der nächsten Nutzung darf der Glaskörper wieder mit Wasser gefüllt werden.

### 2. Besondere Hygieneregeln für Ladengeschäfte und Märkte

- a) Bei der Abholung vorbestellter Waren ist im Innen- und im Außenbereich der Mindestabstand einzuhalten und eine medizinische Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder eine FFP2-Maske oder eine vergleichbare Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, zu tragen.
- b) Durch Markierungen auf dem Boden sollte die Einhaltung der Mindestabstände im Kassensbereich gewährleistet werden.
- c) Die Einführung eines „Einbahnstraßensystems“ wird empfohlen.
- d) § 6 Absatz 2 bis 4 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung regelt die Beschränkung der maximalen Kundenanzahl in Geschäften. Durch Einlassmanagement ist in den Fällen nach § 6 Absatz 2 und 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung sicherzustellen, dass die maximale Kundenanzahl nicht überschritten wird.
- e) Aus Gründen des Infektionsschutzes bestehen keine Bedenken gegen das Befüllen von durch die Kunden mitgebrachten Behältnissen.
- f) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
  - Die Reinigung oder Desinfektion von Flächen und Gegenständen, die häufig von Kunden berührt werden, darunter Griffe von Einkaufskörben und -wagen, hat regelmäßig zu erfolgen. Die Reinigung oder Desinfektion von Einkaufskörben und -wagen durch die Kunden vor der Nutzung ist zu ermöglichen.

### 3. Besondere Hygieneregeln für nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässige Beherbergungsangebote

- a) Eine Belegung von Schlafräumen ist unter Einhaltung der gültigen Kontaktbeschränkungen zulässig.
- b) Müssen Bereiche in den Unterkünften von unterschiedlichen Personen genutzt werden, zum Beispiel Aufenthaltsbereiche, Sanitärräume und Küchen, sind, wenn der Mindestabstand nicht gewährleistet werden kann,

durch organisatorische Maßnahmen Kontakte zwischen den einzelnen Personen zu vermeiden. Geeignet sind zum Beispiel unterschiedliche Nutzungszeiten, die im Voraus festgelegt werden. Zusätzlich sind zwischen den jeweiligen Nutzungen zeitliche Unterbrechungen vorzusehen, um Kontakte konsequent auszuschließen. Außerdem müssen die Räume zwischen den Nutzungen ausreichend gelüftet werden.

- c) Bei der Unterbringung in Sammelunterkünften ist darüber hinaus die Einhaltung des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichten SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards zu gewährleisten.

#### **4. Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen**

- a) Um den Mindestabstand der Nutzer untereinander einhalten zu können, sind Hinweise anzubringen, wie viele Personen maximal in den Sanitärräumen zulässig sind. Auf die Abstandsregelung vor den Sanitärräumen ist hinzuweisen.
- b) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
- Es müssen ausreichend geeignete Möglichkeiten zum Händewaschen (möglichst mit entsprechendem Abstand zueinander) vorhanden sein, ausgerüstet mit Flüssigseife. Bringen die Nutzer keine eigenen Handtücher mit, sind zum Abtrocknen Einmalhandtücher optimal. Die Behälter zur Aufnahme der Einmalhandtücher sind mit reißfesten Müllsäcken auszukleiden und regelmäßig zu leeren.
  - Die Nutzer sind anzuhalten, die Hände nach der Nutzung der Sanitäranlage zu waschen.
  - Sämtliche Verunreinigungen insbesondere von Kontaktflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr sind umgehend zu beseitigen. Dafür sind gegebenenfalls mehrmals täglich Kontrollen und bei Beanstandungen Reinigungen notwendig.

#### **5. Besondere Hygieneregeln für zulässige Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung**

- a) In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht.
- b) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
- Benutzte Gerätschaften (Scheren, Kämme, Haarschneider, Umhänge und so weiter) sind nach Anwendung am Kunden wie üblich aufzubereiten. Sämtliche Verunreinigungen, insbesondere von Arbeitsflächen im Zusammenhang mit Besucherverkehr, sind umgehend zu beseitigen.
  - Im Übrigen wird auf die einschlägigen Vorschriften der Sächsischen Hygiene-Verordnung vom 7. April 2004, rechtsbereinigt mit Stand vom 28. Dezember 2009, verwiesen.

#### **6. Besondere Hygieneregeln für zulässige Angebote der Aus-, Fort-, Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie ähnliche Einrichtungen, Volkshochschulen, Kunst-, Musik- und Tanzschulen, für Bibliotheken, die Medienausleihe sowie für Fahr-, Boots- und Flugschulen**

- a) Arbeitsmittel sind nach Möglichkeit personenbezogen zu verwenden. Wo das nicht möglich ist, ist eine Reinigung der Geräte zu ermöglichen.

- b) Prüfungen sind in größeren Räumen mit genügend Abstand durchzuführen.

- c) In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist eine Obergrenze für die Anzahl aller zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht. Dies gilt gemäß der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht für Aus-, Fort-, und Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie ähnliche Einrichtungen, die der berufsbezogenen, schulischen oder akademischen Ausbildung dienen.

- d) Besondere Hygieneregeln für die Musikschulen und den Musikunterricht durch freiberufliche Musikpädagogen:

- Beim Spielen von Blasinstrumenten ist ein Abstand von drei Metern zur nächsten Person in Blasrichtung sowie von zwei Metern seitlich zur nächsten Person einzuhalten. Beim Singen ist zwischen den Singenden beziehungsweise nach vorn und hinten ein Abstand von zwei Metern einzuhalten. Zwischen Sänger und Gesangsleiter beträgt der Abstand drei Meter. Die Größe des Raumes ist dem gebotenen Mindestabstand anzupassen. Sieht die Platzordnung mehrere Reihen vor, sind die Plätze auf Lücke anzuordnen.

- e) Besondere fortgeltende Hygieneregeln für Musikschulen und den Musikunterricht durch freiberufliche Musikpädagogen, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:

- Beim Spielen von Blasinstrumenten und beim Singen ist ein Abstand von zwei Metern in Blas- oder Singrichtung zur nächsten Person und von 1,5 Metern seitlich zur nächsten Person einzuhalten.
- Bei Blasinstrumenten ist das Kondenswasser aufzufangen. Benutzte Einmaltücher sind in reißfesten Müllsäcken zu sammeln und zu entsorgen. Textile Tücher sind nach der Nutzung entsprechend zu waschen.

- f) Besondere Hygieneregeln für die Tanzschulen und Tanzsportvereine, die fortgelten, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:

- Es ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Trainingszeit gewährleistet.

#### **7. Besondere Hygieneregeln für Kulturveranstaltungen, Kulturstätten, für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren, zoologische und botanische Gärten und Tierparks, für Stadt-, Gäste- und Naturführungen sowie für Freizeit- und Vergnügungsparks**

- a) Eine Zutrittsbegrenzung für eine maximale Personenanzahl ist umzusetzen. Diese ist so zu wählen, dass in Anwendung des § 4 Absatz 6 Satz 4 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung bei Stehplätzen ein Mindestabstand von 1,10 Metern eingehalten und bei der Vergabe von Sitzplätzen jeweils ein Sitzplatz freigelassen wird. Ausnahmen gelten für Personengruppen nach § 4 Absatz 1 bis 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung.

- b) Die Veranstalter haben individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Vorgaben zur Besucherobergrenze, zur personalisierten Ticketvergabe, zur Platzbelegung (Festlegung der Gruppengröße, die maximal gemeinsam Plätze belegen darf, in einer Reihe, in zwei oder mehreren hintereinanderliegenden Reihen, zur Abstandsregelung zwischen Gruppen, Reihen und Plätzen; zur Festlegung von Wegesystemen [Einbahnstraßensysteme] et cetera), zur eingeschränkten Vergabe von Sitz- und Stehplätzen, zu Zugangs- und Abgangsregelungen, zum Betrieb von Klimaanlage be-



ziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen, zu Maßnahmen zur Entzerrung der An- und Abfahrt (gegebenenfalls Abstimmung mit dem ÖPNV, Festlegungen für Parkplätze und Radparkplätze et cetera), zur Begrenzung des Alkoholausschanks, zum Einsatz von Sicherheitspersonal, zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske im Innenbereich, zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung unter freiem Himmel an allen Orten, wo der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, zur Kontaktdatenerfassung sowie zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test enthalten müssen.

- c) Die Einhaltung von größeren Abständen als dem Mindestabstand von 1,5 Metern wird dringend empfohlen, wenn die Veranstaltung mit lautem Jubel, Gesängen und so weiter verbunden ist.
- d) Besondere Hygieneregeln für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren:
  - Beim Musizieren und Singen sind die für Musikschulen geltenden Hygieneregeln in Ziffer II Nummer 6 Buchstabe d umzusetzen.
- e) Besondere fortgeltende Hygieneregeln für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
  - Beim Musizieren und Singen sind die für Musikschulen geltenden Hygieneregeln in Ziffer II Nummer 6 Buchstabe e umzusetzen.
  - Beim Betreten und Verlassen der Räumlichkeiten sind Maßnahmen zu treffen, die das Entzerren der Personenströme ermöglichen.
  - Regelmäßige Lüftungspausen (idealerweise Querlüftung, spätestens nach 20 Minuten) sind zwingend einzuhalten und die Gesamtprobenzeit ist möglichst kurz zu halten. Nach jeder Probe oder Aufführung ist gründlich zu lüften (mindestens 15 Minuten).
- f) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
  - Die Veranstalter haben individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Basishygienemaßnahmen enthalten und sich an den allgemeinen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung orientieren. Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen müssen die Konzepte Vorgaben zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen enthalten, die eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Veranstaltung gewährleisten.

## 8. Besondere Hygieneregeln für Tagungen, Kongresse und Messen

- a) Der Betreiber hat durch Zugangsbeschränkungen und organisatorische Regelungen sicherzustellen, dass der Mindestabstand von 1,5 Metern in allen Bereichen eingehalten werden kann. In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist dazu eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht.
- b) Besondere Hygieneregeln für Tagungen, Kongresse und Messen im Außenbereich sowie für Messen im Innenbereich:
  - Es wird unabhängig vom Inzidenzwert die tagesaktuelle Testung der teilnehmenden Personen und Besucher dringend empfohlen, wenn die Veranstaltung regelmäßig auch auf überregionales oder internationales Publikum ausgerichtet ist.

- c) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:

- Bei Messen in geschlossenen Räumen ist ein von der zuständigen Behörde zu genehmigendes Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen, das Basishygienemaßnahmen enthält und sich an den allgemeinen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung orientiert. Darüber hinaus müssen auch Vorgaben zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Messeräume einschließlich der sanitären Einrichtungen enthalten sein, die eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach dem Messebetrieb gewährleisten.

## 9. Besondere Hygieneregeln für Diskotheken, Clubs und Musikclubs

- a) In Bereichen, in denen eine Unterschreitung des Mindestabstandes regelmäßig zu befürchten ist (beispielsweise beim Einlass und beim Erwerb von Speisen und Getränken), ist ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen.
- b) Der Betreiber hat durch Zugangsbeschränkungen und organisatorische Regelungen sicherzustellen, dass der Mindestabstand von 1,5 Metern in allen Bereichen eingehalten werden kann. In Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und den räumlichen Gegebenheiten ist dazu eine Obergrenze für die Anzahl der zeitgleich anwesenden Personen im Konzept festzulegen, die die Einhaltung des Mindestabstandes ermöglicht.
- c) Es wird dringend empfohlen, auf Konsum am Bartresen zu verzichten.
- d) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
  - Es ist ein Hygienekonzept zu erstellen, von der zuständigen Behörde genehmigen zu lassen und umzusetzen. Darin sind Basishygienemaßnahmen, Vorgaben zur Testpflicht und Kontakterfassung sowie die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung aufzunehmen.
  - Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Veranstaltung gewährleistet.

## 10. Besondere Hygieneregeln für öffentliche Festivitäten sowie Feiern auf öffentlichen Plätzen und Anlagen

- a) Es sind Vorkehrungen zur Einhaltung des Mindestabstands gemäß § 4 Absatz 6 Satz 1 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zu treffen.
- b) Das Hygienekonzept muss Festlegungen zur Besucherlenkung und zu Möglichkeiten zur Begrenzung des Alkoholkonsums enthalten. Maßnahmen zur Kontakterfassung sollten in das Hygienekonzept aufgenommen werden.
- c) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
  - Die Veranstalter haben individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Basishygienemaßnahmen enthalten und sich an den allgemeinen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung orientieren.

## 11. Besondere Hygieneregeln für Großveranstaltungen

- a) Es sind Vorkehrungen zur Einhaltung des Mindestabstands gemäß § 4 Absatz 6 Satz 1 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zu treffen.
- b) Die Veranstalter haben von der zuständigen Behörde zu genehmigende individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Vorgaben zur personalisierten

Ticketvergabe inklusive Kontaktnachverfolgung, zur Festlegung von Wegesystemen [Einbahnstraßensysteme] und so weiter), zu einer eingeschränkten Vergabe von Sitz- oder Stehplätzen, die die Einhaltung des Mindestabstands gemäß § 4 Absatz 6 Satz 1 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gewährleistet, zu Zugangs- und Abgangsregelungen, zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen, zu Maßnahmen zur Entzerrung der An- und Abfahrt (gegebenenfalls Abstimmung mit dem ÖPNV, Festlegungen für Parkplätze und Radparkplätze und so weiter), zur Begrenzung des Alkoholausschanks, zum Einsatz von Sicherheitspersonal, zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske im Innenbereich, zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung an allen Orten unter freiem Himmel, wo der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, zur Kontaktdatenerfassung sowie zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test enthalten müssen.

- c) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
- Es ist ein Hygienekonzept zu erstellen, von der zuständigen Behörde genehmigen zu lassen und umzusetzen. Darin sind Basishygienemaßnahmen, Vorgaben zur Terminbuchung, zur Kontakterfassung, zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske im Innenbereich, zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test sowie die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen.
  - Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach der Veranstaltung gewährleistet.

## **12. Besondere Hygieneregeln für Prostitutionsstätten, Prostitutionsveranstaltungen, Prostitutionsvermittlungen und Prostitutionsfahrzeuge**

- a) Das von der zuständigen Behörde zu genehmigende Hygienekonzept muss Vorgaben zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutz durch die Teilnehmer, Begrenzung der Teilnehmerzahl, zum Verbot gesichtsnaher Praktiken, zu geeigneten Desinfektions- und Waschgelegenheiten, zur gründlichen und regelmäßigen Lüftung der Räume, zur Reinigung beziehungsweise Desinfektion der Arbeits- und Hilfsmittel, zur Kontaktdatenerfassung sowie zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test enthalten.
- b) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
- Es ist ein gegebenenfalls von der zuständigen Behörde zu genehmigendes Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen, das Vorgaben zur gründlichen und regelmäßigen Lüftung der Räume, zur Reinigung beziehungsweise Desinfektion der Arbeits- und Hilfsmittel und zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test zu enthalten hat.

## **13. Besondere Hygieneregeln für die Nutzung von Sportanlagen im Innen- und Außenbereich sowie Fitness- und Sportstudios und für Sportveranstaltungen**

- a) Entsprechend der Coronavirus-Einreiseverordnung haben sich alle Personen, die aus einem Risikogebiet im Ausland angereist sind, in häusliche Quarantäne zu begeben. Der Besuch der Sportstätten ist diesen Perso-

nen daher verboten. Die Vorschriften der Coronavirus-Einreiseverordnung bleiben unberührt.

- b) In Trainings- und Wettkampfpausen sind die Kontakte auf ein Mindestmaß zu beschränken.
- c) Bei Kontaktsportarten (Sportarten, die den physischen Kontakt zwischen Spielern erfordern) ist während des Trainings ein Wechsel der Trainingspartner zu minimieren.
- d) Der Mindestabstand ist auch in den Umkleidebereichen sowie Sanitärbereichen einzuhalten.
- e) Werden Sportveranstaltungen mit Publikum durchgeführt, ist eine Zutrittsbegrenzung für eine maximale Personenzahl umzusetzen. Diese ist so zu wählen, dass in Anwendung des § 4 Absatz 6 Satz 4 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung bei Stehplätzen ein Mindestabstand von 1,10 Metern eingehalten und bei der Vergabe von Sitzplätzen jeweils ein Sitzplatz freigelassen wird. Ausnahmen gelten für Personengruppen nach § 4 Absatz 1 bis 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung.
- f) Die Veranstalter haben individuelle Hygienekonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Vorgaben zur Besucherobergrenze, zur personalisierten Ticketvergabe, zur Platzbelegung (Festlegung der Gruppengröße, die maximal gemeinsam Plätze belegen darf, in einer Reihe, in zwei oder mehreren hintereinanderliegenden Reihen, zur Abstandsregelung zwischen Gruppen, Reihen und Plätzen; zur Festlegung von Wegesystemen [Einbahnstraßensysteme] et cetera), zur eingeschränkten Vergabe von Sitz- und Stehplätzen, zu Zugangs- und Abgangsregelungen, zum Betrieb von Klimaanlage beziehungsweise zur regelmäßigen Belüftung der Veranstaltungsräume einschließlich der sanitären Einrichtungen, zu Maßnahmen zur Entzerrung der An- und Abfahrt (gegebenenfalls Abstimmung mit dem ÖPNV, Festlegungen für Parkplätze und Radparkplätze et cetera), zur Begrenzung des Alkoholausschanks, zum Einsatz von Sicherheitspersonal, zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes oder einer FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske im Innenbereich, zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung an allen Orten unter freiem Himmel, wo der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, zur Kontaktdatenerfassung sowie zum Zutritt mit negativem tagesaktuellen Test enthalten müssen.
- g) Die Einhaltung von größeren Abständen als dem Mindestabstand von 1,5 Metern wird dringend empfohlen, wenn die Veranstaltung mit lautem Jubel oder Gesängen verbunden ist.
- h) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
- Training und Wettkämpfe sind entsprechend der Vorgaben der Bundesfachverbände durchzuführen.
  - Es ist ein Lüftungskonzept zu erstellen und umzusetzen, das eine gesteigerte Frischluftzufuhr vor, während und nach dem Training beziehungsweise der Behandlung oder der Veranstaltung in geschlossenen Räumen gewährleistet.
  - Für Sportveranstaltungen ist ein Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen. Darin sind Basishygienemaßnahmen sowie die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen. Eine Kontakterfassung ist sicherzustellen.

## **14. Besondere Hygieneregeln für Bäder und Saunen, soweit der Betrieb nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässig ist**

- a) Der Betreiber hat ein Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen, das Regelungen zur Testung, zur Kontaktdatenerfassung und zur Besucherzahlbegrenzung in Abhängigkeit von der Größe des Bades beziehungsweise

Sauna trifft. Der Mindestabstand sowohl im Wasser als auch in allen Bereichen außerhalb des Wassers, zum Beispiel in Liege- und Ruhebereichen, in Umkleiden, Sanitärräumen sowie im Eingangs- und Kassenbereich ist einzuhalten. Unter diesen Bedingungen ist auch die Öffnung von Umkleiden und Duschen möglich.

- b) Gemeinschaftlich genutzte Gegenstände (zum Beispiel Schwimmhilfen, Tauchringe und ähnliches) sind nach jeder Benutzung gründlich zu reinigen oder privat mitzubringen.
- c) Besondere fortgeltende Hygieneregeln, auch wenn die Sieben-Tage-Inzidenz den Schwellenwert von 10 unterschreitet:
  - Es ist ein Hygienekonzept zu erstellen und umzusetzen. Darin sind Basishygienemaßnahmen sowie die allgemeinen Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen.

#### **15. Besondere Hygieneregeln für Fahrten mit Reisebussen**

- a) Es sind Vorkehrungen zu treffen, dass sich alle Personen bei jedem Einstieg in den Bus die Hände desinfizieren.
- b) Die Busse sind gründlich und häufig beziehungsweise permanent zu belüften.

#### **16. Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens**

- a) Die einschlägigen Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention sowie des Robert Koch-Instituts (RKI) sind zu beachten. Die Empfehlungen des RKI für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen können insbesondere bezüglich der Gestaltung sozialer Kontakte auch für vergleichbare Veranstaltungen und Angebote im ambulanten Bereich Anwendung finden. Auf die Einhaltung des Mindestabstands kann verzichtet werden, sofern dies durch die in Satz 2 genannten Empfehlungen begründet wird. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von wohnbereichsübergreifenden, organisierten Veranstaltungen und Angeboten in Innenräumen ist erforderlich. Innerhalb eines Wohnbereichs und bei Kontakten vollständig geimpfter oder genesener Bewohnerinnen und Bewohner untereinander (ohne Anwesenheit ungeimpfter Personen) kann auf das Einhalten des Mindestabstandes und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes verzichtet werden.
- b) § 5 Absatz 2 Nummer 5 sowie § 5 Absatz 4 Satz 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gelten entsprechend.
- c) Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, in denen eine den Krankenhäusern vergleichbare medizinische Versorgung erfolgt, alle weiteren Einrichtungen des Gesundheitswesens, inklusive Praxen humanmedizinischer Heilberufe, ambulante Pflegedienste, voll- oder teilstationäre Einrichtungen zur Betreuung und Unterbringung älterer, behinderter oder pflegebedürftiger Menschen sowie Heime für minderjährige Personen müssen gemäß §§ 23 beziehungsweise 36 des Infektionsschutzgesetzes in Hygieneplänen innerbetriebliche Verfahrensweisen zur Infektionshygiene festlegen. Dies umfasst auch die entsprechenden Regelungen zur Verhütung einer SARS-CoV-2-Infektion. Für Einrichtungen nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 und 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung findet neben § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes auch § 3 Absatz 2 Nummer 10 und 12 des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes Anwendung.

- d) Einrichtungen nach § 4 Absatz 2 Nummer 1 bis 4 der Coronavirus-Testverordnung in der jeweils geltenden Fassung (unter anderem Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, ambulante, stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen, ambulante Dienste und stationäre sowie teilstationäre Einrichtungen der Eingliederungshilfe) haben ein einrichtungs- oder unternehmensbezogenes Testkonzept vorzuhalten, soweit sie gemäß § 4 Absatz 1 und § 6 Absatz 3 der Coronavirus-Testverordnung in eigener Verantwortung PoC-Antigentests beschaffen und nutzen.

#### **17. Besondere Hygieneregeln für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie für Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienerholung**

- a) Die Träger von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe haben Hygiene- und Infektionsschutzkonzepte zu erstellen und umzusetzen, die Maßnahmen zur Testung, Kontaktdatenerfassung, Besucherlenkung, Zugangsbeschränkung, Abstandshaltung, zum Mund-Nasen-Schutz und Basishygienemaßnahmen enthalten und sich an den allgemeinen Hygieneregeln dieser Allgemeinverfügung orientieren.
- b) Die Obergrenze in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für die zeitgleich anwesenden Personen bemisst sich abweichend von § 4 Absatz 1 bis 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung an den örtlichen Gegebenheiten und muss im jeweiligen Hygienekonzept festgelegt werden. Es sollte nach Möglichkeit gewährleistet werden, dass der Mindestabstand nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung unter den Personen eingehalten werden kann; das gilt auch für feste wiederkehrende Gruppen.
- c) Besondere Hygieneregeln für Maßnahmen der Kinder-, Familien- und Jugenderholung gemäß § 11 Absatz 3 Nummer 5 und § 16 Absatz 2 Nummer 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch:
  - Die Träger von Angeboten der Kinder-, Jugend- und Familienerholung haben Hygiene- und Infektionsschutzkonzepte unter Berücksichtigung des Konzeptes der Beherbergungsstätte zu erstellen und umzusetzen.
  - Die Anzahl der Teilnehmer einschließlich Betreuer soll die örtlichen Gegebenheiten und die Abgrenzbarkeit der Gruppen berücksichtigen. Die Maßnahmen sind nach Möglichkeit in festen Gruppen durchzuführen. Kontakte zu anderen Gruppen oder Einzelpersonen sind zu vermeiden. Der Mindestabstand nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung ist, wo immer möglich, einzuhalten.

#### **18. Besondere Hygieneregeln für teilstationäre Einrichtungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch**

- a) Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch sind nach § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und Verlassen der Einrichtungen zur Betreuung von Tagespflegegästen zu erstellen. Die Konzeption hat insbesondere Regelungen zu Hygienemaßnahmen, zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Gäste, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause und zur Nachverfolgbarkeit eventueller Infektionsketten zu enthalten. Dabei sind die Regelungen dieser Allgemeinverfügung zwingend aufzunehmen und die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten.
- b) Soweit gemäß den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und

Behinderungen auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden kann, müssen die Gäste in Innenräumen einen Mund-Nasen-Schutz tragen. § 5 Absatz 2 Nummer 5 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gilt entsprechend. Nichtgeimpfte sollen darüber aufgeklärt werden, dass für sie bei Teilnahme ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht.

#### **19. Hygienevorschriften für Modellprojekte im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung**

Modellprojekte sollen sich an den Hygieneregeln der Ziffer I.1 orientieren.

III. Weitere Hygieneschutzmaßnahmen bleiben vorbehalten.

IV. Diese Allgemeinverfügung tritt am 1. Juli 2021 in Kraft. Sie gilt bis einschließlich 28. Juli 2021. Gleichzeitig tritt die Allgemeinverfügung Vollzug des Infektionsschutzgesetzes – Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie – Anordnung von Hygieneauflagen zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus – Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 11. Juni 2021, Az.: 21-0502/3/19-2021/84157, außer Kraft.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Sächsischen Verwaltungsgericht schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Sächsische Verwaltungsgericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz,

- Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden,
- Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig.

Für Kläger ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Fachgerichtszentrum, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Sachsen) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Allgemeinverfügung soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### **Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung**

- Gegen Verwaltungsakte des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ein Widerspruchsverfahren nicht vorgesehen. Durch die Einlegung eines Widerspruchs wird die Klagefrist nicht gewahrt.
- Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen.
- Wird die Klage in elektronischer Form erhoben, muss das elektronische Dokument entweder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen werden oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 der Verwaltungsgerichtsordnung eingereicht werden. Die weiteren Maßgaben für die Übermittlung des elektronischen Dokumentes ergeben sich aus Kapitel 2 der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung.
- Kraft Bundesrecht wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Dresden, den 29. Juni 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dagmar Neukirch  
Staatssekretärin

## Begründung

### A. Allgemeiner Teil

Die vorliegende Allgemeinverfügung zur Anordnung von Hygieneauflagen bezieht sich auf die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung und gestaltet diese durch allgemeine und besondere Hygienevorgaben näher aus. Dies bewirkt eine weitreichende Kopplung der Hygienevorgaben an die jeweiligen in der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vorgesehenen Öffnungsschritte beziehungsweise Rücknahmen von Beschränkungen. Mit der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung vom 22. Juni 2021 wurde eine neue Inzidenzstufe („Sieben-Tage-Inzidenz mit einem Schwellenwert unter 10“) eingeführt, bei deren Unterschreitung bis auf die nach § 3 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung beizubehaltenden Basisschutzmaßnahmen alle weiteren Beschränkungen entfallen.

Die Verringerung des Infektionsgeschehens hat in allen sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten dazu geführt, dass die Sieben-Tage-Inzidenz aktuell diesen neuen Schwellenwert von 10 unterschreitet. Auch in der vorliegenden Allgemeinverfügung wird deshalb auf die neue Inzidenzstufe von 10 Bezug genommen. Die allgemeinen Hygieneregeln und Grundsätze (Ziffer I) behalten auch bei einem Unterschreiten des Schwellenwerts von 10 Gültigkeit, da diese Basishygienemaßnahmen auch weiterhin der Verhinderung von Ansteckungen dienen.

Bei den besonderen Hygieneregeln (Ziffer II) wurde ebenfalls auf die neue Inzidenzstufe von 10 abgestellt, um in einigen besonders gefährträchtigen Bereichen auch bei einem geringen Infektionsgeschehen das Risiko einer Ansteckung mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 beziehungsweise einer Virusmutation zu minimieren. Während die nicht ausdrücklich fortgeltenden besonderen Hygieneregeln bei einem Unterschreiten des Schwellenwerts von 10 entfallen, sind davon diejenigen besonderen Hygieneregeln ausgenommen, die auch bei einem Unterschreiten des Schwellenwerts von 10 weiterhin Gültigkeit behalten. Diese sind ebenso wie die allgemeinen Hygienegrundsätze weiter zu beachten.

Wird der Schwellenwert von 10 überschritten, gelten auch die besonderen Hygieneregeln vollumfänglich.

#### Zu Ziffer I.1 (Grundsätze)

Um das Infektionsrisiko durch Aerosole und Tröpfcheninfektionen an Orten, an denen viele Menschen aufeinandertreffen, gering zu halten, ist auf allgemeine Hygieneregeln wie das durchgängige Einhalten eines Mindestabstandes von 1,5 Metern zwischen Personen beziehungsweise wenn der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes (im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung) sowie gründliches Lüften beziehungsweise auf den Aufenthalt im Freien im Falle eines erneut ansteigenden Infektionsgeschehens (Sieben-Tage-Inzidenz mit einem Schwellenwert über 10) hinzuweisen.

Darüber hinaus sind Maßnahmen zur Vermeidung von Schmierinfektionen durch Händehygiene und zur Vermeidung des Berührens von Oberflächen zu treffen.

Regelmäßiges Lüften bedeutet einen Luftaustausch von Innenraumluft mit frischer Außenluft. Dabei werden unter anderem verbrauchte Luft, Schadstoffe von Materialien, Partikel sowie Biostoffe, zum Beispiel Krankheitserreger, nach außen abtransportiert, um eine gute Luftqualität in Innenräumen zu gewährleisten. Nach der Arbeitsstättenverordnung

und der konkretisierenden Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A3.6 „Lüftung“ (Gemeinsames Ministerialblatt (GMBL.) 2012, S. 92, zuletzt geändert GMBL. 2018, S. 474) muss in umschlossenen Arbeitsräumen eine „gesundheitlich zuträglich Atemluft“ vorhanden sein. Gerade in Zeiten einer Pandemie ist ein ausreichender Luftaustausch besonders wichtig, damit die Ansteckungsgefahr verringert werden kann. Die ASR A3.6 „Lüftung“ und die SARS-CoV-2-Pandemie-Empfehlungen zum Lüftungsverhalten an Innenraum-arbeitsplätzen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e.V. (DGUV) vom 12.10.2020 (<https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/3932>) empfehlen für das Lüften von zum Beispiel Büroräumen einen zeitlichen Abstand von einer Stunde und von Besprechungs- und Seminarräumen von 20 Minuten.

Darüber hinaus sind von Betrieben, Geschäften und öffentlichen Einrichtungen in Form von Hygienekonzepten die Hygienemaßnahmen festzuschreiben und einzuhalten, wie sie im SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und in der vorliegenden Allgemeinverfügung beschrieben sind. In diesem Zusammenhang sollen aktuelle branchenübliche Standards, die Empfehlungen entsprechender Fachverbände sowie die konkreten Rahmenbedingungen der Einrichtungen Berücksichtigung finden und die Hygienekonzepte konkretisieren.

Die Kunden sind bereits beim Betreten der Betriebe, Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen beziehungsweise des gastronomischen Außenbereichs auf die entsprechend dem Hygienekonzept einzuhaltenden Regeln hinzuweisen, um deren Kenntnis und Beachtung sicherstellen zu können bzw. im Falle der Nichtakzeptanz das weitere Betreten zu verhindern.

Den wesentlichen Übertragungsweg von SARS-CoV-2-Viren stellen Aerosole dar, die über die Atemluft übertragen werden. Entsprechend hat das Personal einen Mund-Nasen-Schutz gemäß den Vorgaben der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung zu tragen, sofern keine alternativen ebenso wirksamen Schutzmaßnahmen beim unmittelbaren Kontakt mit Kunden oder anderen Mitarbeitern Verwendung finden. Auf diese Weise soll die Ausbreitung von Aerosolen zumindest reduziert werden. Kunststoffvisiere und einfache Trennscheiben sind nicht ausreichend, da die Aerosole damit nicht aufgehalten werden.

Zusätzlich wird der Infektionsprävention bei einem erneut ansteigenden Infektionsgeschehen (Sieben-Tage-Inzidenz mit einem Schwellenwert über 10) durch die Einhaltung der Abstandsregelung von mindestens 1,5 Metern in Innenräumen in Verbindung mit weiteren Schutzmaßnahmen Rechnung getragen.

Die regelmäßige Reinigung oder Desinfektion ist weiterhin eine zentrale infektionsschutzrechtlich gebotene Maßnahme.

Die allgemeinen Grundsätze des Infektionsschutzes sowie Vorgaben des Lebensmittelhygienerechts sind darüber hinaus unverändert anzuwenden.

Zur Sicherstellung der Beachtung aller aktuellen Hygienevorgaben ist eine regelmäßige Information des Personals erforderlich.

Personen mit begründetem Verdacht einer Covid-19-Infektion dürfen die Einrichtungen aus Vorsorgegründen weder als Kunden betreten noch als Mitarbeiter in diesen tätig sein.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>). In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch die Kunden wie auch regelmäßige Desinfektion von häufig berührten Flächen geregelt.

Markierungen auf dem Boden erleichtern Kunden und Personal das Erkennen und Einhalten notwendiger Abstände.

#### **Zu Ziffer I.2 (Klimaanlagen, Raumlufteinrichtungen)**

Durch Klimaanlagen und raumlufteinrichtungsanlagen können Tröpfchen und Aerosole im Raum verwirbelt und verteilt werden. Nur gut gewartete und richtig eingestellte Klimaanlagen und raumlufteinrichtungsanlagen können dieses Risiko minimieren.

Aufgrund der Einschätzungen entsprechender Fachkreise werden Regelungen für die Belüftung getroffen, um das Risiko der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 einzudämmen. Auf den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisstand und die sich daraus ableitenden Handlungsempfehlungen, die in der Publikation „Infektionsschutzgerechtes Lüften – Hinweise und Maßnahmen in Zeiten der SARS-CoV-2-Epidemie“ ([https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fokus/Lueftung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=18](https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Fokus/Lueftung.pdf?__blob=publicationFile&v=18)) der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) umfassend dargestellt werden, wird Bezug genommen.

#### **B. Besonderer Teil**

Die in dieser Allgemeinverfügung enthaltenen besonderen Hygieneregeln für Einrichtungen und Angebote gelten jeweils vorbehaltlich ihrer zulässigen Öffnung nach den Vorgaben der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung. Sie dienen der Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2. Auf die Ausführungen unter A. Allgemeiner Teil der Begründung wird verwiesen.

#### **Zu Ziffer II.1 (Besondere Hygieneregeln für die Speisversorgung, die Abholung und Lieferung von Speisen und Getränken sowie den Gastronomiebetrieb im Innen- und Außenbereich einschließlich der Veranstaltung zulässiger Familien-, Vereins- und Firmenfeiern)**

Die Hygieneregeln für die Abgabe von Speisen und Getränken zur Mitnahme sowie für den Verzehr in Mensen und Kantinen beziehungsweise im Rahmen der Innen- und Außengastronomie folgen den Erkenntnissen zu Übertragungswegen, wie sie im SARS-CoV-2 Steckbrief des Robert Koch-Instituts ([https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2)) in Verbindung mit den ergänzenden fachlichen Einschätzungen des Bundesinstitutes für Risikobewertung (zum Beispiel: <https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>) beschrieben sind.

Sofern der Gastronomiebetrieb im Innen- beziehungsweise Außenbereich gemäß der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung gestattet ist, ist eine Bewirtung sowohl für Gäste als auch Übernachtungsgäste in Beherbergungstätten möglich.

Zur Sicherstellung der Abstandsregelungen entsprechend der Robert Koch-Institut-Empfehlung wurde für belegte Tische beim Verzehr von Speisen ein Abstand von mindestens 1,5 Metern zwischen den Stühlen benachbarter Tische festgeschrieben. Da beim Verzehr von Speisen in der Regel länger verweilt wird, muss hier besonders auf die Einhaltung der Abstandsregelungen geachtet werden. An einem Tisch gruppierte Stühle können den Mindestabstand unterschreiten, wenn sie von Personen des eigenen Hausstandes und den Angehörigen eines weiteren Hausstandes einschließlich der zu ihrem Haushalt gehörenden Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres beziehungsweise entsprechend den sonstigen Regelungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung belegt sind. Diese Abstandsregelungen gelten, sofern der Betrieb zulässig ist, auch für den Gastronomiebetrieb im Innen- beziehungsweise Außenbereich.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei. In der Konsequenz wurde die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Anwendung durch Kunden beziehungsweise Gäste und das Shisha-Rauchen in gastronomischen und vergleichbaren Einrichtungen geregelt. Die ergänzenden Regelungen für den Lebensmittelbereich inklusive der Lebensmittelbedarfsgegenstände berücksichtigen ebenfalls die Möglichkeit der Kontaktinfektion.

Zusätzlich sind im Sinne der Infektionsprävention sowohl Regelungen für Spielzimmer und Spielecken für Kinder (Desinfektionsmaßnahmen und Mindestabstand) getroffen als auch Empfehlungen zum Verzicht auf den Konsum von Lebensmitteln und Getränken am Bartresen in gastronomischen Einrichtungen gegeben worden.

#### **Zu Ziffer II.2 (Besondere Hygieneregeln für Ladengeschäfte und Märkte)**

Die Hygieneregeln für Geschäfte und Läden aller Art folgen den Erkenntnissen zu Übertragungswegen, wie sie im SARS-CoV-2 Steckbrief des Robert Koch-Instituts ([https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText2)) beschrieben sind. Den wesentlichen Übertragungsweg stellen Aerosole dar, die über die Atemluft übertragen werden. Entsprechend wurde für Kunden und Personal in Geschäften und Läden, wie auch beim Abholen, das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder einer FFP2-Maske oder einer vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, vorgeschrieben, um die Ausbreitung von Aerosolen zumindest zu reduzieren. Alternative Schutzmaßnahmen können Verwendung finden, sofern sie ebenso wirksam sind. Kunststoffvisiere und einfache Trennscheiben sind nicht ausreichend, da die Aerosole damit nicht aufgehalten werden.

Das Robert Koch-Institut weist darauf hin, dass auch eine Kontaktübertragung nicht auszuschließen sei (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf>). Die Einhaltung von Abstandsregeln trägt laut Robert Koch-Institut ebenfalls zur Verringerung des Infektionsrisikos bei. Markierungen auf dem Boden und – soweit realisierbar – Einbahnstraßen-Regelungen erleichtern Kunden und Personal das Erkennen und Einhalten notwendiger Abstände.

**Zu Ziffer II.3 (Besondere Hygieneregeln für nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässige Beherbergungsangebote)**

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln als Infektionsschutzmaßnahmen getroffen, um die Kontakte in gemeinschaftlich genutzten Räumen soweit wie möglich zu begrenzen.

Die Hinweise zur Speisenversorgung sind in der Begründung zu Ziffer II.1 dargelegt.

**Zu Ziffer II.4 (Besondere Hygieneregeln für öffentliche Toiletten sowie sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen)**

Öffentliche Toiletten und sanitäre Einrichtungen auf Campingplätzen werden naturgemäß, gerade in der Hauptsaison, von vielen Menschen benutzt. Kommen im Falle einer erneut ansteigender Sieben-Tage-Inzidenz über den Schwellenwert von 10 viele Menschen ohne die Einhaltung von Anstandsregeln zusammen, kann dies ein Risiko für eine Infektion mit SARS-CoV-2 darstellen. Deshalb ist die Benutzung der öffentlichen Toiletten und sanitären Anlagen auf Campingplätzen von zu vielen Personen zur gleichen Zeit zu vermeiden. Dies gelingt durch die Beschränkung der gleichzeitig anwesenden Personenzahl in Abhängigkeit von der Raumgröße sowie der Einhaltung der Abstandsregeln in diesen Bereichen. Der Betreiber hat entsprechende Hinweise zur maximalen Zahl an gleichzeitig anwesenden Personen in den Toiletten beziehungsweise Sanitärbereichen anzubringen.

Das Händewaschen nach der Nutzung der Sanitäranlagen ist eine wichtige Hygienemaßnahme um das Infektionsrisiko zu senken. Für das Händewaschen müssen in den Sanitäranlagen geeignete Möglichkeiten vorhanden sein. Hierbei sollte ein entsprechender Abstand zwischen den Personen eingehalten werden. Die Bereiche zum Händewaschen müssen zudem mit Flüssigseife und Einmalhandtüchern (falls die Personen kein eigenes Handtuch bei sich tragen) ausgerüstet sein. Die Benutzung von Stückseifen beziehungsweise einem Handtuch für mehrere Personen ist nicht geeignet, da bei nicht gründlichem Waschen der Hände Keime, welche sich auf dem Handtuch befinden, von einer Person auf die Hände der nächsten Person übertragen werden können.

Die Nutzer sind angehalten, sich die Hände nach der Nutzung der öffentlichen Toilettenanlage/ Sanitäranlage auf dem Campingplatz zu waschen. Dies erfolgt über entsprechende Hinweise. Nach dem Toilettenbesuch können Keime leicht über kleinste Stuhlreste weitergetragen werden. Von den Händen können Erreger beispielsweise an Spültaster, Armaturen oder Türklinken weitergereicht werden und dort abhängig von der Art des Keims, der Beschaffenheit der Oberfläche, der Umgebungstemperatur oder Feuchtigkeit für einige Zeit überleben. Durch gründliches Händewaschen kann die Weitertragung von Keimen vermieden werden.

Die Reinigung insbesondere von Kontaktflächen in öffentlichen Toiletten und Sanitärbereichen auf Campingplätzen ist regelmäßig durchzuführen. Verunreinigungen sind umgehend zu beseitigen. Die Bereiche werden von Personen aus unterschiedlichen Hausständen über den ganzen Tag genutzt. Es ist davon auszugehen, dass durch häufige Nutzung die Verunreinigung zunimmt und somit das Infektionsrisiko steigt. Deshalb ist die Sauberkeit in diesen Bereichen zu gewährleisten und diese regelmäßig zu kontrollieren.

**Zu Ziffer II.5 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Dienstleistungsbetriebe im Bereich der körpernahen Dienstleistung)**

Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln getroffen, um die in Betrieben im Bereich der körpernahen Dienstleistung bestehenden Gefahren so weit wie möglich zu reduzieren.

Bei körpernahen Dienstleistungen werden Angebote direkt am Menschen erbracht. Hierbei besteht ein höheres Risiko der Weitergabe von SARS-CoV-2, da Mindestabstände nicht eingehalten werden können. Insofern werden verschärfende Regelungen für das Tragen von Masken, organisatorische Maßnahmen und die Reinigung aufgestellt. Das größte Risiko geht von kopfnahen Tätigkeiten aus. Das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder einer FFP2-Maske oder einer vergleichbaren Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, schützt sowohl den Ausführenden als auch den Kunden vor einer Virusübertragung.

**Zu Ziffer II.6 (Besondere Hygieneregeln für zulässige Angebote der Aus-, Fort-, Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen sowie ähnliche Einrichtungen, Volkshochschulen, Kunst-, Musik- und Tanzschulen, für Bibliotheken, die Medienausleihe sowie für Fahr-, Boots- und Flugschulen)**

Durch die vorliegenden Regelungen für die genannten Bildungseinrichtungen einschließlich der Erbringung der genannten Schulungen und Prüfungen, für Kunst-, Musik- und Tanzschulen, für Bibliotheken, die Medienausleihe sowie für Fahr-, Boots- und Flugschulen soll das Infektionsrisiko minimiert werden. Um eine Weitergabe des Coronavirus SARS-CoV-2 zu vermeiden, sollten die in ihrer Wirksamkeit anerkannten Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen zuverlässig eingehalten werden (<https://www.bfr.bund.de/cm/343/kann-das-neuartige-coronavirus-ueber-lebensmittel-und-gegenstaende-uebertragen-werden.pdf> und [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Reinigung\\_Desinfektion.html](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Reinigung_Desinfektion.html)).

Durch Musikinstrumente (insbesondere Blasinstrumente) und Gesang können nachweislich mehr Tröpfchen und Aerosole verbreitet werden als beim normalen Umgang zwischen Personen. Insofern sind spezielle Regelungen für diesen Personenkreis zu treffen, insbesondere zur Einhaltung eines größeren Abstands zwischen den Handelnden und zum Umgang mit besonders risikoreichen Instrumenten (Blasinstrumente).

**Zu Ziffer II.7 (Besondere Hygieneregeln für Kulturveranstaltungen, für Proben und Aufführungen von Laien und Amateuren, Kulturstätten, zoologische und botanische Gärten und Tierparks, für Stadt-, Gäste- und Naturführungen sowie für Freizeit- und Vergnügungsparks)**

Durch ergänzende Regeln für Kulturveranstaltungen im Außenbereich, Kulturstätten, zoologische und botanische Gärten und Tierparks, für Stadt-, Gäste- und Naturführungen sowie für Freizeit- und Vergnügungsparks soll das Infektionsrisiko in diesem Bereich minimiert werden. Zusätzlich zu den allgemeinen Geboten werden spezielle organisatorische Regeln getroffen, um die Kontakte in Einrichtungen soweit wie möglich zu begrenzen. Die Einhaltung von Abstandsregeln trägt laut Robert Koch-Institut zur Verringerung des Infektionsrisikos bei.



**Zu Ziffer II.8 (Besondere Hygieneregeln für Tagungen, Kongresse und Messen)**

Durch geeignete organisatorische Maßnahmen und Hygienemaßnahmen, die im entsprechenden Hygienekonzept darzulegen sind, soll das Risiko der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 durch das Aufeinandertreffen einer Vielzahl von Menschen minimiert werden.

**Zu Ziffer II.9 (Besondere Hygieneregeln für Diskotheken, Clubs und Musikclubs)**

Durch geeignete organisatorische Maßnahmen und Hygienemaßnahmen, die in einem genehmigungsbedürftigen Hygienekonzept darzulegen sind, soll das Risiko der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 durch das Aufeinandertreffen einer Vielzahl von Menschen minimiert werden.

**Zu Ziffer II.10 (Besondere Hygieneregeln für öffentliche Festivitäten sowie Feiern auf öffentlichen Plätzen und Anlagen)**

Durch organisatorische Maßnahmen soll dem unkontrollierten und unstrukturierten Aufeinandertreffen einer Vielzahl von Personen entgegengetreten werden. Durch die Einhaltung von Mindestabständen soll das Risiko einer Virusübertragung vermindert werden.

Eine mögliche Reduzierung des Alkoholausschanks erhält die Bereitschaft der Besucher zur aktiven Mitwirkung an den Schutzmaßnahmen, da mit steigendem Alkoholpegel das bewusste Handeln der Betroffenen immer mehr eingeschränkt wird.

Die Maßnahmen sind im angebotsbezogenen Hygienekonzept darzustellen und umzusetzen.

**Zu Ziffer II.11 (Besondere Hygieneregeln für Großveranstaltungen)**

Kommen bei größeren Veranstaltungen inklusive Sportwettkämpfen sehr viele Menschen zusammen, ist die Gefahr der Übertragung von SARS-CoV-2 erhöht, da sich viele Unbekannte treffen und mehr potentiell Infizierte anwesend sein können und bei der An- und Abreise sowie in bestimmten Bereichen der Veranstaltung dichtes Gedränge ohne Einhaltung des Mindestabstandes entstehen kann. Insofern sind in den entsprechenden Hygienekonzepten mit dem Ziel der Risikominimierung Festlegungen zu allen aufgezählten Gefährdungspunkten, insbesondere zur Einhaltung der Mindestabstände, zur Belüftung und zum Tragen des Mund-Nasen-Schutzes zu treffen.

Eine mögliche Reduzierung des Alkoholausschanks erhält die Bereitschaft der Besucher zur aktiven Mitwirkung an den Schutzmaßnahmen, da mit steigendem Alkoholpegel das bewusste Handeln der Betroffenen immer mehr eingeschränkt wird.

**Zu Ziffer II.12 (Besondere Hygieneregeln für Prostitutionsstätten, Prostitutionsveranstaltungen, Prostitutionsvermittlung und Prostitutionsfahrzeuge)**

Bei Angeboten in Prostitutionsstätten ist mit körperlicher Nähe und mit einer gesteigerten Atmung und damit verbunden auch einem höheren Ausstoß von Tröpfchen und Aerosolen zu rechnen. In einem gegebenenfalls zu genehmigenden Hygienekonzept sind geeignete organisatorische Maßnahmen und Hygienemaßnahmen zu regeln und umzusetzen, um die Gefahr der Übertragung von SARS-CoV-2 zu minimieren.

**Zu Ziffer II.13 (Besondere Hygieneregeln für die Nutzung von Sportanlagen im Innen- und Außenbereich sowie Fitness- und Sportstudios)**

Sportliche Aktivitäten sind mit einer gesteigerten Atmung und damit auch einem höheren Ausstoß von Tröpfchen und Aerosolen verbunden. Um die Gefahr einer erhöhten Übertragung von SARS-CoV-2 zu reduzieren, sind sowohl die geltenden bundesrechtlichen Quarantäne-Regelungen als auch die Vorgaben der Bundesfachverbände für Training und Wettkämpfe zu beachten. Zudem werden für diese Einrichtungen Betriebs-, Zugangs- und Kontaktbeschränkungen sowie organisatorische Festlegungen getroffen. Nur so ist der Betrieb dieser Einrichtungen mit akzeptablem Risiko möglich.

Lüftungskonzepte sind für diese Einrichtungen als Maßnahme des Infektionsschutzes erforderlich.

**Zu Ziffer II.14 (Besondere Hygieneregeln für Bäder und Saunen, soweit der Betrieb nach der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung zulässig ist)**

Eine Übertragung von SARS-CoV-2 über Schwimm- und Badewasser in normgerecht gebauten und betriebenen Bädern wird vom Umweltbundesamt als höchst unwahrscheinlich eingeschätzt ([https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/374/dokumente/stellungnahme\\_uba\\_sars-co2\\_badebecken.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/374/dokumente/stellungnahme_uba_sars-co2_badebecken.pdf)).

Wie für alle Orte, an denen viele Menschen versammelt sind, besteht in Bädern aber ein Infektionsrisiko durch direkte Übertragung der Erreger von Mensch zu Mensch. Auch Schmierinfektionen über Flächen und Gegenstände können nicht ausgeschlossen werden. Um die direkte Mensch-zu-Mensch-Übertragung zu verhindern, ist auch innerhalb von Bädern der Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen Personen einzuhalten. Dies gilt für alle Bereiche des Bades. Der Betreiber muss durch Zugangsbeschränkungen und organisatorische Regelungen sicherstellen, dass der Mindestabstand eingehalten werden kann. Dazu ist auch eine Obergrenze für die Zahl der zeitgleich anwesenden Badegäste festzulegen. Fachliche Vorgaben zur Festlegung der Obergrenze finden sich im Pandemieplan Bäder der Deutschen Gesellschaft für das Badwesen e. V. (<https://www.baederportal.com/startseite/> und [https://www.baederportal.com/fileadmin/user\\_upload/\\_corona/DGfB\\_Fachbericht\\_Pandemieplan\\_\\_Baeder\\_Version\\_4\\_0-25\\_03\\_2021.pdf](https://www.baederportal.com/fileadmin/user_upload/_corona/DGfB_Fachbericht_Pandemieplan__Baeder_Version_4_0-25_03_2021.pdf)).

**Zu Ziffer II.15 (Besondere Hygieneregeln für Fahrten mit Reisebussen)**

Durch ergänzende Regeln für Fahrten mit Reisebussen soll das Infektionsrisiko, das durch enges Beieinandersitzen auf längeren Strecken entsteht, minimiert werden.

**Zu Ziffer II.16 (Ergänzende Hygieneregeln für Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens)**

Für diese Einrichtungen existieren bereits risikobezogene Regelungen beziehungsweise Empfehlungen der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention und des Robert Koch-Instituts zur Minimierung von Infektionsrisiken sowie anderweitige rechtliche Normen. Der Verweis auf diese Regelungen hat deklaratorischen Charakter.

Die Einrichtungen haben dafür Sorge zu tragen, dass sich die versorgten Personen, die Beschäftigten sowie weitere Personengruppen (zum Beispiel Angehörige, behandelnde Ärzte, Dienstleister) nicht infizieren. Dafür haben die Einrichtungen einen einrichtungsspezifischen Hygieneplan



zu erstellen, welcher sämtliche Maßnahmen zusammenfasst, die der Einhaltung und Gewährleistung bestimmter Hygiene-Standards dienen, um Infektionen einzudämmen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern.

Hierbei sollen die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts beachtet werden. Eine Abwägung des Nutzens von Schutzmaßnahmen gegenüber psychosozialen Folgen und anderen Schäden ist stets erforderlich.

Um zu einem angemessenen Verhältnis zwischen dem Schutz der versorgten Personen und deren Persönlichkeits- sowie Freiheitsrechten zu gelangen, liegt es in der Verantwortung sowie fachlichen und sozialen Kompetenz der Einrichtungsleitungen, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen und umzusetzen. Hierbei müssen die räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten vor Ort sowie das aktuelle und regionale Infektionsgeschehen berücksichtigt werden. Des Weiteren liegt es im Ermessen der Einrichtungsleitungen, zur Abstimmung der Schutzvorkehrungen die zuständige kommunale Gesundheitsbehörde zu konsultieren.

Entsprechendes gilt für Krankenhäuser, für welche bereits gemäß § 23 Absatz 5 des Infektionsschutzgesetzes innerbetriebliche Verfahrensweisen zur Infektionshygiene in Hygieneplänen festzulegen sind. Die Hygieneregeln erlangen im Rahmen der Corona-Pandemie aufgrund des Ausfallrisikos des medizinischen Personals (aufgrund Erkrankung beziehungsweise Quarantäne, um weitere Infektionen zu vermeiden) auf der einen und der Aufrechterhaltung der stationären Versorgung auf der anderen Seite besondere Bedeutung.

Darüber hinaus findet für Einrichtungen nach § 29 Absatz 1 Nummer 1 und 2 der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung neben § 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Infektionsschutzgesetzes auch § 3 Absatz 2 Nummer 10 und 12 des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes Anwendung, wonach es im Verantwortungsbereich des Einrichtungsträgers und der Einrichtungsleitung liegt, dass ein ausreichender und dem Konzept der Einrichtung angepasster Schutz der Bewohnerinnen vor Infektionen gewährleistet wird und dass auch durch die Beschäftigten die erforderlichen Hygieneanforderungen eingehalten werden.

Das Erfordernis von Hygienekonzepten in Heimen für minderjährige Personen ergibt sich bereits aus dem Infektionsschutzgesetz (§§ 33 und 36 des Infektionsschutzgesetzes). Diese Konzepte sind im Hinblick auf das Pandemiegeschehen anzupassen.

Da die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts für stationäre Alten- und Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen ([https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Alten\\_Pflegeeinrichtung\\_Empfehlung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Alten_Pflegeeinrichtung_Empfehlung.pdf?__blob=publicationFile)) teilweise auch auf Angebote der ambulanten Versorgung, beispielsweise Veranstaltungen für Menschen im betreuten Wohnen, angewendet werden können, wird dies insbesondere im Hinblick auf Erleichterungen in Folge des Impffortschritts für soziale Kontakte hier klargestellt.

Möglichkeiten zur Reduzierung beziehungsweise zum Verzicht auf den Mindestabstand werden in den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts beispielsweise für Gemeinschaftsveranstaltungen unter bestimmten Bedingungen oder bei Zusammenkünften von geimpften beziehungsweise genesenen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie in Besuchskonstellationen beschrieben.

Das vom Robert Koch-Institut für wohnbereichsübergreifende Gemeinschaftsveranstaltungen ohne Einhaltung des Mindestabstands empfohlene Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes wird hier verbindlich festgelegt im Kontext größerer organisierter Zusammenkünfte, bei denen teilweise auch ungeimpfte Menschen aus verschiedenen, sonst abgegrenzten Bereichen zusammenkommen. Hingewiesen wird zusätzlich auf die Ausnahmen zur Maskenpflicht gemäß der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung sowie auf die über die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts hinausgehende Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auch für geimpfte beziehungsweise genesene Besucherinnen und Besucher, die in Kontakt zu geimpften beziehungsweise genesenen Bewohnerinnen und Bewohnern kommen. Dies sind zusätzliche Schutzmaßnahmen für vulnerable Personengruppen, insbesondere vor dem Hintergrund des Auftretens von Coronavirus-Mutationen, da Infektionen und Übertragungen durch geimpfte beziehungsweise genesene Personen nicht ganz ausgeschlossen werden können.

#### **Zu Ziffer II.17 (Besondere Hygieneregeln für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Kinder-, Jugend- und Familienerholung)**

Den allgemeinen Hygieneregeln der Allgemeinverfügung folgend sollen die Konzepte neben Maßnahmen zur Besucherlenkung und zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auch Maßnahmen zur Einhaltung des empfohlenen Mindestabstands und zur Festlegung der Obergrenze der zeitgleich anwesenden Personen umfassen, um eine Kontaktreduzierung und die Einhaltung der Regelungen des Infektionsschutzes während der Durchführung der Angebote zu gewährleisten.

Kontaktbeschränkungen, das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske (sogenannte OP-Maske) oder FFP2-Maske oder vergleichbarer Atemschutzmaske, jeweils ohne Ausatemventil, und Abstandsgebote sind weiterhin zentrale infektionsschutzrechtlich gebotene Maßnahmen.

Über das jeweilige Hygienekonzept können Besonderheiten der konkreten Angebote in den Regelungszusammenhang integriert und damit die Wirkung der Infektionsschutzmaßnahmen an der konkreten Einrichtung optimiert werden.

Die Durchführung der Kinder-, Jugend- und Familienerholungsmaßnahmen in festen Gruppen soll zur Kontaktreduzierung beitragen und eine Kontaktnachverfolgung ermöglichen.

#### **Zu Ziffer II.18 (Besondere Hygieneregeln für teilstationäre Einrichtungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch)**

Die Träger von Tagespflegeeinrichtungen nach § 71 Absatz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Elften Buches Sozialgesetzbuch werden verpflichtet, im Rahmen eines Hygieneplanes oder eines eigenständigen Konzepts Festlegungen zum Betreten und Verlassen der Einrichtungen zur Betreuung von Tagespflegegästen zu erstellen. Die Einrichtungen haben Sorge zu tragen, dass sich die Pflegebedürftigen, die Beschäftigten sowie weitere Personengruppen (zum Beispiel Angehörige, behandelnde Ärzte, Dienstleister) nicht infizieren. Dafür haben die Einrichtungen einen einrichtungsspezifischen Hygieneplan zu erstellen, welcher sämtliche Maßnahmen zusammenfasst, die der Einhaltung und Gewährleistung bestimmter Hygiene-Standards dienen, um Infektionen einzudämmen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Diese Notwendigkeit besteht nach dem Infektionsschutzgesetz und wurde als grundlegender Bezug in die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung aufgenommen.

Satz 2 benennt Einzelheiten zur inhaltlichen Ausgestaltung. Der zu erstellende Hygieneplan oder das eigenständige Konzept muss Regelungen insbesondere zur gleichzeitig anwesenden Anzahl der betreuten Gäste, zum Transport zur Einrichtung und nach Hause sowie zur Nachverfolgbarkeit eventueller Infektionsketten beinhalten. Es sind verhältnismäßige Regelungen zu erstellen, die das jeweilige Infektionsgeschehen und das Selbstbestimmungsrecht der versorgten Personen berücksichtigen. Dabei sind auch die einschlägigen Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu beachten.

Um zu einem angemessenen Verhältnis zwischen dem Schutz der versorgten Personen und deren Persönlichkeits- sowie Freiheitsrechten zu gelangen, liegt es in der Verantwortung sowie fachlichen und sozialen Kompetenz der Einrichtungsleitungen, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen und umzusetzen. Hierbei sollten die räumlichen und organisatorischen Gegebenheiten vor Ort sowie das aktuelle und regionale Infektionsgeschehen berücksichtigt werden. Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt hat den Leitfaden „Hinweise für Tagespflegeeinrichtungen nach SGB XI“ erstellt, der den Tagespflegeeinrichtungen anhand von Leitfragen und Beispielen eine Orientierung bieten kann. Jedoch obliegt die Verantwortung für die Erstellung solcher Regelungen grundsätzlich dem Träger der Einrichtung. Im Zweifel kann die zuständige kommunale Gesundheitsbehörde zur Abstimmung der Schutzvorkehrungen hinzugezogen werden.

In Anlehnung an die jeweils geltenden Empfehlungen des Robert Koch-Instituts ([https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Alten\\_Pflegeeinrichtung\\_Empfehlung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Alten_Pflegeeinrichtung_Empfehlung.pdf?__blob=publicationFile)) kann – analog der Empfehlung für Gemeinschaftsveranstaltungen – auf die Einhaltung des Mindestabstands verzichtet werden. Als zusätzliche Schutzmaßnahme der vulnerablen Personengruppe wird beim Verzicht auf den Mindestabstand das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes in Innenräumen festgelegt.

#### **Zu Ziffer II.19 (Hygienevorschriften für Modellprojekte im Sinne der Corona-Schutz-Verordnung)**

Die Vorschrift dient als Hinweis, dass die Allgemeinverfügung zur Anordnung von Hygieneauflagen auch als Orientierung für Modellprojekte gilt.

#### **Zu Ziffer III**

Mit dem Vorbehalt weiterer Hygieneschutzmaßnahmen kann auf ein dynamisches Infektionsgeschehen mithilfe der Anordnung gegebenenfalls weiterer erforderlicher Maßnahmen flexibel reagiert werden.

#### **Zu Ziffer IV**

Diese Ziffer regelt das In- und Außerkrafttreten.

# Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

## Allgemeinverfügung zu besonderen Schutzmaßnahmen in Schulen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie

**Az.: 15-5012/172/24**

**Vom 30. Juni 2021**

Aufgrund des § 2 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1, 3 und 4, Satz 2 der Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung vom 22. Juni 2021 (SächsGVBl. S. 665) erlässt das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt im Einvernehmen mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus folgende

und Kitabetriebseinschränkungsverordnung trotz Unterschreitens der Sieben-Tage-Inzidenz von 35.

- 1.3 Ausgenommen von Ziffer 1.2.1. sind die Abschlussklassen und Abschlussjahrgänge. Für diese soll bei der Beschulung in den Unterrichtsräumen ein Mindestabstand von 1,5 m zwischen allen Anwesenden gewährleistet werden.

### Allgemeinverfügung:

#### 1. Regelungsgegenstand der Allgemeinverfügung

- 1.1 Diese Allgemeinverfügung regelt,  
1.1.1 die Beschränkung der zeitgleichen Präsenzbeschulung auf höchstens die Hälfte der Zahl der Schülerinnen und Schüler je Klasse oder Kurs, die in den §§ 1, 3 und 4 der Sächsischen Klassenbildungsverordnung vom 7. Juli 2017 (SächsGVBl. S. 384), die durch die Verordnung vom 12. März 2021 (SächsGVBl. S. 428) geändert worden ist, nebst ihrer Anlage als Obergrenze festgelegt ist, jedoch nicht für mehr als 16 Schülerinnen und Schüler je Klasse oder Kurs (Wechselmodell),  
1.1.2 die vorübergehende Änderung des Nachweisintervalls bezüglich des Zutrittsverbots nach § 3 Absatz 1 Satz 1 der Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung trotz Unterschreitens der Sieben-Tage-Inzidenz von 10 nach § 3 Absatz 1a der Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung und  
1.1.3 die vorübergehende Ausnahme von dem Wegfall der Pflicht nach § 4 Absatz 1 Satz 1 der Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung trotz Unterschreitens der Sieben-Tage-Inzidenz von 35 nach § 4 Absatz 1 Satz 2 der Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung.
- 1.2 Bezüglich der 107. Oberschule Dresden wird angeordnet,  
1.2.1 bis zum Ablauf des 9. Juli 2021 darf höchstens die Hälfte der Zahl der Schülerinnen und Schüler je Klasse oder Kurs zeitgleich in den Unterrichtsräumen beschult werden,  
1.2.2 bis zum Ablauf des 23. Juli 2021 gilt abweichend von § 3 Absatz 1a der Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung trotz Unterschreitens der Sieben-Tage-Inzidenz von 10 das Zutrittsverbot nach § 3 Absatz 1 Satz 1 der Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung mit der Maßgabe, dass der Testnachweis zweimal wöchentlich zu erbringen ist,  
1.2.3 bis zum Ablauf des 23. Juli 2021 entfällt der Wegfall der Pflicht zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes nach § 4 Absatz 1 Satz 2 der Schul-

#### 2. Bekanntgabe, Wirksam- und Unwirksamwerden der Allgemeinverfügung, Widerrufsvorbehalt

- 2.1 Als Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung wird hiermit der 1. Juli 2021 bestimmt.  
2.2 Diese Allgemeinverfügung wird am 1. Juli 2021 wirksam und mit Ablauf des 23. Juli 2021 unwirksam.  
2.3 Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass nach ihrer Bekanntgabe die Sachlage der SARS-CoV-2-Pandemie oder die infektionsschutzrechtliche Rechtslage sich so entwickelt, dass andere als die in dieser Allgemeinverfügung getroffenen Regelungen erforderlich werden.

#### 3. Möglichkeit der Einsichtnahme

Diese Allgemeinverfügung einschließlich ihrer Begründung ist bei Referat 15 – Rechtsangelegenheiten und Beschaffungsstelle – des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Albertstraße 10, 01097 Dresden, montags bis freitags (mit Ausnahme gesetzlicher festgelegter Feiertage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr einsehbar.

### Begründung

#### A. Allgemeiner Teil

Die Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung vom 22. Juni 2021 (SächsGVBl. S. 665) ermöglicht es, für Schulen, an denen mehr als nur eine einzelne Infektion aufgetreten ist, besondere Schutzmaßnahmen (unter anderem Übergang in Wechselmodell, zweimal wöchentlicher Testnachweis, Maskenpflicht) trotz regional niedriger Sieben-Tage-Inzidenz vorübergehend anzuordnen. Hiermit sollen Neuinfektionen möglichst vermieden werden. Unter Rücksichtnahme auf das hierdurch betroffene Recht auf Bildung

sind an die Beschränkung der Schülerzahlen in Präsenzbeschulung jedoch erhöhte Anforderungen zu stellen. Eine einzelne Infektion reicht daher nicht aus. Hinzutreten hat ein relevantes Infektionsgeschehen an der jeweiligen Schule, nach dem die begründete Gefahr weiterer Infektionen an der Schule bei Fortführung einer unbeschränkten Präsenzbeschulung besteht.

Besonders zu berücksichtigen sind zudem die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen und Abschlussjahrgänge, für die eine Nachholung eventuell versäumter Präsenzbeschulung nicht möglich ist und eine optimale Prüfungsvorbereitung gesichert werden soll. Für diese ist, durch räumliche Entzerrung, eine Präsenzbeschulung zu ermöglichen. Für alle Klassen und Jahrgänge wäre hingegen eine räumliche Entzerrung bereits aufgrund der personellen Kapazitäten bei den Lehrerinnen und Lehrern nicht umsetzbar.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu 1.:**

#### **Zu 1.1:**

Beschrieben wird der unter A. Allgemeiner Teil erläuterte Regelungsgehalt der Allgemeinverfügung. Die Ausgestaltung des Wechselmodells wird durch die Allgemeinverfügung nicht geregelt. Sie obliegt den Schulen, gegebenenfalls im Zusammenwirken mit den Schulaufsichtsbehörden.

#### **Zu 1.2:**

Das Infektionsgeschehen in der 107. Oberschule Dresden stellt sich wie folgt dar: Seit dem 17. Juni 2021 wurden insgesamt 12 Infektionen festgestellt. Das Gesundheitsamt der Stadt Dresden hat daraufhin Quarantänemaßnahmen für drei Klassen (5c, 6a, 7a) der Schule ergriffen. Für die Schule wurde vorübergehend zudem die Maskenpflicht angeordnet. Hintergrund war auch, dass bei den Infektionen durch weitere Untersuchungen Fälle einer Infektion mit der sogenannten Delta-Variante, bei der eine gesteigerte Ansteckungsgefahr angenommen wird, festgestellt wurden.

Das Infektionsgeschehen ist somit dergestalt, dass die begründete Gefahr weiterer Infektionen an der Schule bei Fortführung ohne die aufgeführten besonderen Schutzmaßnahmen besteht.

Bereits mit der vorherigen Allgemeinverfügung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus vom 22. Juni 2021 (Az.: Z-5012/45/1) wurde für die Schule bis zum Ablauf des 30. Juni 2021 Wechselunterricht angeordnet. Ausgenommen sind hiervon die Abschlussklassen. Bereits zum Zeitpunkt des Erlasses der Allgemeinverfügung vom 22. Juni 2021 war vorgesehen, den Wechselunterricht bis in die kommende Woche fortzusetzen. Dies erfolgt nunmehr mit diesem Rechtsakt. Es ist vorgesehen, den Wechselunterricht bis 9. Juli 2021 fortzusetzen.

Trotz einer niedrigen Sieben-Tage-Inzidenz in der kreisfreien Stadt Dresden von unter 10 (6,8 laut Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard, Stand: 29. Juni 2021, 03:11 Uhr) ist bis zum Ablauf des 23. Juli 2021 zweimal wöchentlich ein Testnachweis zu erbringen, dass keine Infektion mit SARS-CoV-2 besteht. Bis zum Ablauf des 23. Juli 2021 entfällt zudem, trotz Unterschreitens der Sieben-Tage-Inzidenz von 35, der Wegfall der Maskenpflicht nach § 4 Absatz 1 Satz 2 der Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung. Die Verpflichtung zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes richtet sich nach § 4 Absatz 1 Satz 1 der Schul- und Kitabetriebseinschränkungsverordnung.

### **Zu 1.3:**

Diese Regelung berücksichtigt die besondere Situation von Schülerinnen und Schülern der Abschlussklassen und Abschlussjahrgänge. Ergänzend zu sonstigen dem Infektionsschutz dienenden Maßnahmen wird zum Schutz aller im Unterrichtsraum Anwesenden die Wahrung des Mindestabstands von 1,5 Metern angeordnet. Die Anordnung, dass der Mindestabstand gewährleistet werden „soll“, bedeutet, dass er zwingend einzuhalten ist, es sei denn, dies ist nach der räumlichen und personellen Ausstattung der Schule im Einzelfall unmöglich.

### **Zu 2.:**

#### **Zu 2.1:**

Die Regelung legt den Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung auf den nächst zulässigen Termin fest, damit die unter Ziffer 1. angeordneten Maßnahmen ihre Wirkung schnellstmöglich entfalten können.

#### **Zu 2.2:**

Diese Regelung verschafft dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz in zeitlicher Hinsicht Geltung.

#### **Zu 2.3:**

Der Widerrufsvorbehalt stellt klar, dass eine jederzeit mögliche Änderung der gegenwärtigen Infektionssituation eine – stets am allgemeinen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz orientierte – Anpassung der Allgemeinverfügung nach sich ziehen kann. Wie die vergangenen Monate erwiesen haben, entwickelt sich die Infektionslage häufig dynamisch und bringt auch Anpassungen von Rechtsgrundlagen mit sich. Um mit dieser Dynamik im Interesse eines optimalen Infektionsschutzes Schritt halten zu können, bedarf es der Flexibilität in der Handhabung des rechtlichen Instrumentariums.

### **Zu 3.:**

Die Regelung bestimmt, wo und wann Einsicht in die Originaltexte dieser Allgemeinverfügung genommen werden kann.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Verwaltungsgericht im Freistaat Sachsen, in dessen Bezirk der Beschwerde seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- das Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Chemnitz, dem Landkreis Mittelsachsen, dem Erzgebirgskreis, dem Vogtlandkreis oder dem Landkreis Zwickau;

- das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Dresden, dem Landkreis Görlitz, dem Landkreis Bautzen, dem Landkreis Meißen oder dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge;
- das Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder dem Landkreis Nordsachsen.

Für Beschwerde ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Dresden, den 30. Juni 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
Dagmar Neukirch  
Staatssekretärin

# **Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft**

## **Erste Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie Schaf- und Ziegenhaltung**

**Vom 29. Juni 2021**

### **I. Änderung der Förderrichtlinie Schaf- und Ziegenhaltung**

Die Förderrichtlinie Schaf- und Ziegenhaltung vom 4. März 2021 (SächsABl. S. 265) wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer V Nummer 3 wird die Angabe „40“ durch die Angabe „55“ ersetzt.

2. In Ziffer V Nummer 4 wird die Angabe „50“ durch die Angabe „37“ ersetzt.

### **II. Inkrafttreten**

Nummer 1 dieser Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft. Nummer 2 dieser Richtlinie tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Dresden, den 29. Juni 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft  
Wolfram Günther

# **Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung**

## **Richtlinie des Staatsministeriums für Regionalentwicklung für die Förderung von besonderen Initiativen zur zukunftsorientierten Entwicklung der Regionen, Städte und Dörfer, der Baukultur und des Innovativen Bauens im Freistaat Sachsen (Förderrichtlinie Besondere Regionale Initiativen – FRL Regln/2021)**

**Vom 25. Juni 2021**

### **1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen**

#### **1.1 Zuwendungszweck**

Die Unterstützung einer zukunftsorientierten positiven Entwicklung der Regionen, die Entwicklung der Städte und Dörfer als Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum einschließlich der Pflege von Tradition und baukulturellem Erbe sowie die Entwicklung der Baukultur und des Innovativen Bauens sind wesentliche Ziele der sächsischen Politik. Deshalb und zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in diesen Bereichen unterstützt das Staatsministerium für Regionalentwicklung die Aufgabenerfüllung von Einrichtungen und einzelne Maßnahmen (Projekte), die für die Entwicklung der Regionen von besonderer Bedeutung und erheblichen Interesse des Freistaates Sachsen sind. Damit soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung einer dynamischen, wissensbasierten und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung geleistet werden.

#### **1.2 Rechtsgrundlagen**

Der Freistaat Sachsen gewährt die Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie, der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, und auf der Grundlage der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352), in den jeweils geltenden Fassungen.

Ein Anspruch der Antragstellenden auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

#### **1.3 Beihilferecht**

##### **a) Rechtsgrundlagen**

Soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Konsolidierte Fassung 2016) (ABl. C 202 vom 7.6.2016) handelt, werden diese insbesondere nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der folgenden beihilferechtlichen Bestimmungen sowie deren Nachfolgebestimmungen in der jeweils geltenden Fassung gewährt

- Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7. Juli 2020, S. 3) geändert worden ist,
- Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2020/1474 der Kommission vom 13. Oktober 2020 (ABl. L 337 vom 14.10.2020, S. 1) geändert worden ist,
- Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1, L 283 vom 27.9.2014, S. 65), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2020 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7. Juli 2020, S. 3) geändert worden ist („AGVO“ genannt),
- Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 9), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019 (ABl. L 511 vom 22.2.2019, S. 1) geändert worden ist,
- Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 45),
- Beschluss Nr. 2012/21/EU der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleis-

tungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (Freistellungsbeschluss, ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3),

- Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 193 vom 1.7.2014, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/289 der Kommission vom 19. Februar 2019 (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 1) geändert worden ist,
- Verordnung (EU) Nr. 1388/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen zugunsten von in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur tätigen Unternehmen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 369 vom 24.12.2014, S. 37).

Im Anwendungsbereich der Verordnungen (EU) Nr. 651/2014, Nr. 702/2014 sowie Nr. 1388/2014 dürfen keine Beihilfen an Unternehmen gewährt werden, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind. Die Gewährung von Beihilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten ist im Anwendungsbereich der Verordnungen (EU) Nr. 651/2014, Nr. 702/2014, Nr. 1388/2014 sowie Nr. 360/2012 in der Regel ausgeschlossen. Im Übrigen sind die in der Anlage enthaltenen Vorgaben zu beachten.

- b) Beihilfemaximalintensitäten  
Bei der Bestimmung der Höhe der Zuwendung nach Ziffer 5 dieser Richtlinie dürfen die zulässigen Beihilfemaximalintensitäten der im Einzelfall einschlägigen beihilferechtlichen Grundlage nicht überschritten werden.
- c) Transparenzpflichten  
Im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 wird jede gewährte Einzelbeihilfe von über 500 000 Euro gemäß Artikel 9 Abs. 1c in Verbindung mit Anhang III der AGVO auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht. Im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 wird jede gewährte Einzelbeihilfe bei Überschreiten der folgenden Grenzwerte veröffentlicht:
  - 60 000 Euro für Beihilfeempfangende, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind und
  - 500 000 Euro für Beihilfeempfangende, die in der Verarbeitung oder der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder in der Forstwirtschaft tätig sind, oder Tätigkeiten ausüben, die nicht unter Artikel 42 AEUV fallen.

Im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 1388/2014 wird jede gewährte Einzelbeihilfe über 30 000 Euro veröffentlicht.

## 2. Gegenstand der Förderung

- 2.1 Projekte können als besondere Initiativen gefördert werden, wenn sie im besonderen Fachinteresse des Staats-

ministeriums für Regionalentwicklung stehen oder der Umsetzung von Beschlüssen der Staatsregierung dienen (zum Beispiel Modellhaftigkeit im Sinne von Übertragbarkeit der Ergebnisse oder Ausstrahleffekte auf andere Regionen, Langfristigkeit der Wirkung, Innovationsgrad). Dabei muss es sich um solche Projekte und Initiativen handeln, die einen erheblichen Einfluss auf die Unterstützung und Mitwirkung bei der Entwicklung der Regionen ausüben können.

Im Einzelnen betrifft dies insbesondere die Bereiche:

- a) Regionalentwicklung,
- b) Baukultur,
- c) baukulturelles Erbe und
- d) Innovatives Bauen.

- 2.2 Die laufende Tätigkeit von juristischen Personen kann im Rahmen der institutionellen Förderung unterstützt werden, sofern diese im besonderen Interesse des Staatsministeriums für Regionalentwicklung liegt und alle haushaltsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

## 3. Zuwendungsempfängende

Zuwendungsempfängende können sein:

- 3.1 für Maßnahmen nach Nummer 2.1: natürliche Personen und juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts,
- 3.2 für Maßnahmen nach Nummer 2.2: juristische Personen des privaten Rechts.

## 4. Zuwendungsvoraussetzungen

- 4.1 Die Richtlinie dient der Schließung nicht beabsichtigter Förderlücken in eng begrenzten Fällen. Sonstige Förderprogramme oder Finanzierungen des Freistaates Sachsen, des Bundes oder der Europäischen Union sind vorrangig in Anspruch zu nehmen. Eine Doppelförderung ist unzulässig.
- 4.2 Eine Zuwendung für Maßnahmen nach Nummer 2.1 darf nur gewährt werden, wenn sich die Antragstellenden verpflichten, die aus dem Projekt resultierenden Ergebnisse und Erkenntnisse dem Freistaat Sachsen uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen und wenn sie ihr Einverständnis mit der Nutzung und Veröffentlichung dieser Erkenntnisse durch den Freistaat Sachsen erklären. Davon unbenommen bleibt das Recht der Antragstellenden zur Verwendung und Veröffentlichung der Ergebnisse.
- 4.3 Eine Förderung nach dieser Richtlinie erfolgt nicht, wenn für die Durchführung der Maßnahmen nach Nummer 2.1 eine Rechtspflicht besteht.

## 5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

- 5.1 Zuwendungs-, und Finanzierungsart sowie Form der Zuwendung
  - a) Die Zuwendungen für Maßnahmen nach Nummer 2.1 werden als Anteilsfinanzierung in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse als Projektförderung gewährt. Die Zuwendung ist auf einen Höchstbetrag zu begrenzen.
  - b) Für Maßnahmen nach Nummer 2.1 erfolgt die Förderung in Höhe von bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Sofern der Antragstellende ausreichende eigene Deckungsmittel nicht aufbringen kann und im Zusammenhang mit und aufgrund der



Natur der Maßnahme keine Einnahmeerzielungsmöglichkeit besteht, kann die Förderung soweit beihilferechtlich zulässig mit Zustimmung des Staatsministeriums für Regionalentwicklung auf bis zu 100 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben erhöht werden. Eine Zustimmung ist insbesondere dann möglich, wenn die Maßnahme einen besonderen Beitrag zur Bewahrung der regionalen Kultur und Identität in Sachsen leistet oder sich durch einen besonders innovativen Ansatz auszeichnet, um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Regionen zu stärken.

- c) Die Förderung nach Nummer 2.1 ist für Zuwendungen unter 4 000 Euro oder über 200 000 Euro ausgeschlossen.
- d) Die Zuwendungen für Maßnahmen nach Nummer 2.2 werden als Fehlbedarfsfinanzierung in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse als institutionelle Förderung auf der Grundlage eines vom Staatsministerium für Regionalentwicklung genehmigten Wirtschaftsplans gewährt.

## 5.2 Bemessungsgrundlage

### a) Maßnahmen nach Nummer 2.1

Zuwendungsfähig sind die unmittelbar mit der Maßnahme im Zusammenhang stehenden, notwendigen und als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist zu beachten. Die Ausgaben der Zuwendungsempfängenden sind bei der Antragstellung darzulegen. Sämtliche Mittel zur Finanzierung des Vorhabens sind anzugeben.

Zur pauschalen Abdeckung allgemeiner Betriebsausgaben einschließlich projektbezogener Reisekosten können 15 Prozent der bewilligten Personalausgaben (Arbeitgeberbrutto) als zuwendungsfähig anerkannt werden, es sei denn, das Projekt wird auf der Grundlage der Verordnungen (EU) Nr. 651/2014, Nr. 702/2014, Nr. 1388/2014 oder aber des Freistellungsbeschlusses umgesetzt.

Der Wert unentgeltlich erbrachter Leistungen Dritter darf nicht als Ausgabe berücksichtigt werden. Der Wert unentgeltlich erbrachter Leistungen von Mitgliedern oder Gesellschaftern der Zuwendungsempfängenden kann bei der Ermittlung der Zuwendungshöhe berücksichtigt werden, sofern Art und Umfang der Leistungen von den Zuwendungsempfängenden nachgewiesen werden und deren Wert von der Bewilligungsbehörde geschätzt werden kann. Dazu ist der fiktive Wert dieser Leistungen den zuwendungsfähigen Ausgaben zuzurechnen. Die auf dieser Basis unter Berücksichtigung der Fördersätze nach Nummer 5.1 Buchstabe b ermittelte Förderhöhe darf die Summe der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht überschreiten.

Soweit die Berechtigung zum Vorsteuerabzug besteht oder dem Grunde nach besteht, sind nur Nettoaussgaben förderfähig.

Nicht zuwendungsfähig sind insbesondere:

- Kreditbeschaffungskosten, Pachten, Erbbauzinsen und Grunderwerbsteuer,
- Abschreibungsbeträge für Investitionen,
- Erwerb von Immobilien und Grundbesitz,
- eingebrachte Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen und technische Anlagen,
- Publikationen, soweit sie nicht im Einzelfall als notwendig für die Verbreitung der Ergebnisse der den Fördergegenstand bildenden Tätigkeit der Zuwendungsempfängenden anerkannt werden,

- Anschaffungsausgaben von Personenkraftwagen und Betriebsfahrzeugen soweit diese nicht innovativer Bestandteil eines Modellprojektes sind,
- Mahngebühren.

### b) Maßnahmen nach Nummer 2.2

Die zuwendungsfähigen Ausgaben bestimmen sich nach dem Anteil der Personal- und Sachausgaben, den die die Förderung begründende Tätigkeit an der gesamten Tätigkeit der Zuwendungsempfängenden hat. Der Haushalts- und Wirtschaftsplan der Zuwendungsempfängenden, der nachvollziehbare Angaben zur Höhe der Personal- und Sachausgaben sowie der Investitionen bezogen auf die Geschäftsfelder der Zuwendungsempfängenden enthalten muss, ist heranzuziehen.

## 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Die Abtretung der Zuwendung an Dritte ist ausgeschlossen. Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen nach Nummer 2.2 können institutionelle Zuwendungsempfänger als Erstempfänger ermächtigt werden, Mittel zur Projektförderung weiterzuleiten, sofern der nach Nummer 5.1 Buchstabe d bestätigte Wirtschaftsplan den weiterzuleitenden Förderbetrag gesondert ausweist. Die Weiterleitung im Rahmen dieser Richtlinie ist nur in diesen Fällen zulässig und geschieht nach Maßgabe von Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung bzw. Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften (VVK) nach Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung. Zuwendungszweck, Zuwendungsempfängende und Zuwendungskonditionen entsprechen mit Ausnahme der Untergrenze nach Nummer 5.1 Buchstabe c den Vorgaben dieser Förderrichtlinie. Die Zahlung von Vergütungen und Kostenersatz aufgrund von Vereinbarungen mit Dritten (Fremdleistungen) zum Zwecke der Erfüllung des Zuwendungszwecks des Vorhabens des Zuwendungsempfängenden gilt nicht als Weitergabe im Sinne von Satz 2.

6.2 Für Maßnahmen nach Nummer 2.1 gilt, dass die Zuwendungsempfängenden während der Projektlaufzeit die Öffentlichkeit zu Projektziel und Projektfortschritt informieren.

## 7. Verfahren

7.1 Antrags- und Bewilligungsbehörde ist die Sächsische Aufbaubank.

7.2 Die für die Anträge vorgesehenen Formulare sind im Internet unter <https://www.sab.sachsen.de> abrufbar.

7.3 Ein Aufruf zur Einreichung von Anträgen für Maßnahmen nach Nummer 2.1 wird im Internet unter <https://www.sab.sachsen.de> öffentlich bekannt gemacht.

7.4 Mit der Bekanntgabe des Aufrufs wird auch der Stichtag, bis zu dem die Anträge bei der Bewilligungsbehörde einzureichen sind, bekanntgegeben.

7.5 Anträge für Maßnahmen nach Nummer 2.2 unterliegen keiner Antragsfrist.

7.6 Das Staatsministerium für Regionalentwicklung prüft das Vorliegen der besonderen Bedeutung, des erheb-

lichen Interesses des Freistaates Sachsen sowie die Nachrangigkeit gemäß Nummer 4.1 am einzelnen Vorhaben. Im Anschluss werden der Bewilligungsbehörde die Ergebnisse mitgeteilt.

hebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten im Übrigen die Verwaltungsvorschriften zu §§ 44, 44a der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

7.7 Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt auf Antrag.

7.8 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Auf-

#### **8. Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 25. Juni 2021

Der Staatsminister für Regionalentwicklung  
Thomas Schmidt

**Anlage**

(zu Nummer 1.3 Buchstabe a)

Sofern die Maßnahmen nach der Richtlinie als staatliche Beihilfen auf Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) gefördert werden, sind ergänzend zu den Vorgaben der Richtlinie die nachfolgenden Punkte zu beachten:

**1. Anwendbare Freistellungstatbestände**

Eine Förderung kann auf der Grundlage aller einschlägigen Artikel der AGVO gewährt werden.

**2. Förderverbot (Artikel 1 AGVO)**

Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen beziehungsweise Sektoren in den Fällen des Artikel 1 Absatz 2 bis 5 AGVO.

**3. Beachtung der Anmeldeschwelle (Artikel 4 AGVO)**

Bei der Bewilligung der Einzelvorhaben sind die Anmeldeschwellen nach Artikel 4 AGVO zu beachten.

**4. Transparenz (Artikel 5 AGVO)**

Die Förderung nach dieser Richtlinie erfolgt in Form von Zuschüssen.

**5. Anreizeffekt (Artikel 6 AGVO)**

Der Beihilfeempfänger muss vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit den schriftlichen Förderantrag gestellt haben. Dieser muss mindestens die folgenden Angaben enthalten:

Name und Größe des Unternehmens, Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses, Standort des Vorhabens, die Kosten des Vorhabens, Art der Beihilfe (Zuschuss/Zuweisung) sowie Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.

**6. Berechnung von Beihilfeintensität und beihilfefähigen Kosten (Artikel 7 AGVO)**

Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen.

**7. Kumulierungsregel (Artikel 8 AGVO)**

Auf der Grundlage der AGVO gewährte staatliche Beihilfen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimm- bare beihilfefähige Kosten betreffen. Mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten ist eine Kumulation zulässig, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.

**8. Beihilfefähige Kosten**

Beihilfefähige Kosten sind die Kosten des für die jeweilige Maßnahme einschlägigen Artikels der AGVO.

**9. Geltungsdauer der AGVO (Artikel 58 Absatz 5 in Verbindung mit Art. 59 AGVO)**

Die Freistellungstatbestände der AGVO gelten bis zum 31. Dezember 2023 zuzüglich einer Anpassungsperiode von 6 Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2024.

Sollte die AGVO nicht verlängert oder durch eine neue Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung ersetzt werden, oder werden relevante inhaltliche Veränderungen der derzeitigen AGVO vorgenommen, wird die Förderrichtlinie zur Einhaltung der neuen Vorgaben entsprechend überarbeitet.

**Landesdirektion Sachsen**  
**Bekanntmachung**  
**der Landesdirektion Sachsen**  
**über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes**  
**für die wesentliche Änderung des Lehr- und Versuchsgutes Köllitsch,**  
**Am Park 3, 04886 Köllitsch**  
**– Auslegung des Antrages und der Unterlagen –**

**Gz.: 44-8431/2201**

**Vom 30. Juni 2021**

Der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Niederlassung Leipzig II, Tieckstraße 2, 04275 Leipzig beantragte mit Datum vom 26. September 2019 die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 69) geändert worden ist und der Nummer 7.11.3 des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen für die wesentliche Änderung des Lehr- und Versuchsgutes Köllitsch, Am Park 3 in 04886 Köllitsch.

Die Änderung des Lehr- und Versuchsgutes Köllitsch, welches durch das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, betrieben wird, beinhaltet im Wesentlichen:

- die Errichtung einer Lehrwerkstatt Milchkuhhaltung
- den Umbau der Lehrwerkstatt Milchkuhhaltung zum Lehrkabinett
- die Errichtung einer Horizontal-/Fahrsiloanlage
- die Änderung der Biogasanlage durch Errichtung von
  - zwei Gärrestlagerbehältern (gasdicht abgedeckt)
  - einem Vorlagebehälter und einem Feststoffseparator
  - einer Umwallung nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie und die Änderung der Einsatzstoffmengen
- die Errichtung eines Güllelagerbehälters
- die Errichtung einer Anlage zur Behandlung von Niederschlagswasser sowie eines Regenrückhaltebeckens mit Drosselbauwerk

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll im Jahr 2022 erfolgen.

Am Standort entsteht ein Betriebsbereich im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

Genehmigungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Die Verfahrensführung erfolgt durch das Referat Immissionsschutz der Landesdirektion Sachsen in der Dienststelle Leipzig, 04107 Leipzig, Braustraße 2.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und wird hiermit gemäß

§ 19 Absatz 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes öffentlich bekannt gemacht.

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

**20. Juli 2021 bis einschließlich 19. August 2021**

für jedermann zur Einsichtnahme bei folgender Stelle aus:

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,  
Referat Immissionsschutz,  
Zimmer 426, Braustraße 2 in 04107 Leipzig  
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr  
sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr  
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr  
sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr  
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten: Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte daher vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail [daniela.adam@lds.sachsen.de](mailto:daniela.adam@lds.sachsen.de), Tel. 0341/977 4433.

Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit COVID-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasen-Schutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den

Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom

**20. Juli 2021 bis einschließlich 2. September 2021**

schriftlich oder elektronisch bei einer der vorgenannten Stellen vorgebracht werden. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse [post@lds.sachsen.de](mailto:post@lds.sachsen.de) zu erfolgen. Es gilt das Eingangsdatum. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind im Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Einwendungsbefugt sind gemäß § 19 Absatz 4 Satz 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Personen, deren Belange berührt sind, oder Vereinigungen, welche die Anforderungen des § 3 Absatz 1 oder des § 2 Absatz 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 2017 (BGBl. I S. 3290), das durch Artikel 8 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist, erfüllen.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiben werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter [www.lds.sachsen.de/datenschutz](http://www.lds.sachsen.de/datenschutz).

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist während des oben genannten Zeitraums auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Leipzig, den 30. Juni 2021

Landesdirektion Sachsen  
Svarovsky  
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung  
der Landesdirektion Sachsen  
zur Entstehung der Stiftung „Wolfshort 2020“**

**Gz.: 20-2245/664/1**

**Vom 1. Juli 2021**

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 30. Juni 2021 ist die von Herrn Chris Weber mit Stiftungsgeschäft vom 21. Juni 2021 errichtete Stiftung „Wolfshort 2020“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Dresden entstanden. Zwecke der Stiftung sind

a) die Absicherung und Unterstützung der Destinatäre (Stifterfamilie) durch beispielsweise finanzielle Zuwendungen, Kostenübernahme und Gewährung von Unterkunft,

- b) die Förderung des Zusammenhalts der Familie,
- c) Unterstützung von Organisationen im Sinne der Familie und
- d) die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Destinatäre.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 1. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen  
Koller  
Abteilungsleiter

## Andere Behörden und Körperschaften

### Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr über die Umstufung von Straßen in der Kreisfreien Stadt Chemnitz

Vom 29. Juni 2021

Gemäß § 7 des Sächsischen Straßengesetzes vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762; 2020 S. 29) geändert worden ist, stuft das Landesamt für Straßenbau und Verkehr folgende Straßen um:

#### 1. Straßenbeschreibung

- 1.1 Teilabschnitt der Ortsstraße „Schachtweg“ (Bestandsblatt Nr. 1796, 1796/1), Flurstücke 791/5, 790/3, 781/3, 778/3, 809/15, 766/2, 763/2, 749/2, 743/3, 736/2, 734/2, 730/2, 720/2, 717/2, 715/2, 713/2, sowie einer Teilfläche des Flurstücks 711/2, alle Gemarkung Grüna in der Kreisfreien Stadt Chemnitz; beginnend an der östlichen Grenze des Flurstücks 797 der Gemarkung Grüna; endend am Beginn der Einmündung „Karlstraße“ (vergleiche beiliegenden Lageplan)

Länge: 1,359 km

#### 2. Verfügung

- 2.1 Der unter Ziffer 1.1 näher bezeichnete Straßenabschnitt wird zum öffentlichen Feld- und Waldweg (ÖFW) abgestuft. Die Widmung wird auf landwirtschaftlichen Verkehr, Anliegerverkehr sowie Geh-/Radverkehr beschränkt.
- 2.2 Neuer Träger der Straßenbaulast ist die Kreisfreie Stadt Chemnitz.
- 2.3 Die Verfügung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

#### 3. Einsichtnahme

Die vollständige Verfügung kann in der Stadt Chemnitz, Tiefbauamt, Friedensplatz 1, 09111 Chemnitz bezie-

hungsweise im Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stauffenbergallee 24, 01099 Dresden während der Dienstzeiten eingesehen werden. Zudem erfolgt eine Veröffentlichung im Internet auf der Website des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr ([www.lasuv.sachsen.de](http://www.lasuv.sachsen.de), Rubrik „Bekanntmachungen“).

Die Verfügung gilt zwei Wochen nach der Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt gegenüber der Allgemeinheit als bekanntgegeben. Für die Beteiligten, denen die Umstufungsverfügung auf andere Weise, zum Beispiel mittels Postzustellungsurkunde, Empfangsbescheinigung oder durch eingeschriebenen Brief zugestellt wurde, gilt dagegen die Bekanntgabe mit der Zustellung als bewirkt.

#### 4. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Verfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Widerspruch beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Zentrale, Stauffenbergallee 24, 01099 Dresden eingelegt werden.

Der Widerspruch kann auch beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Bautzen, Käthe-Kollwitz-Straße 19, 02625 Bautzen; Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Zschopau, Sitz Chemnitz, Hans-Link-Straße 4, 09131 Chemnitz; Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Meißen, Heinrich-Heine-Str. 23 c, 01662 Meißen; Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Leipzig, Maximilianallee 3, 04129 Leipzig; Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen, Weststraße 73, 08523 Plauen eingelegt werden.

Dresden, den 29. Juni 2021

Landesamt für Straßenbau und Verkehr  
In Vertretung des Abteilungsleiters Zentraler Servicebereich  
Stefan Finsterbusch  
Referatsleiter

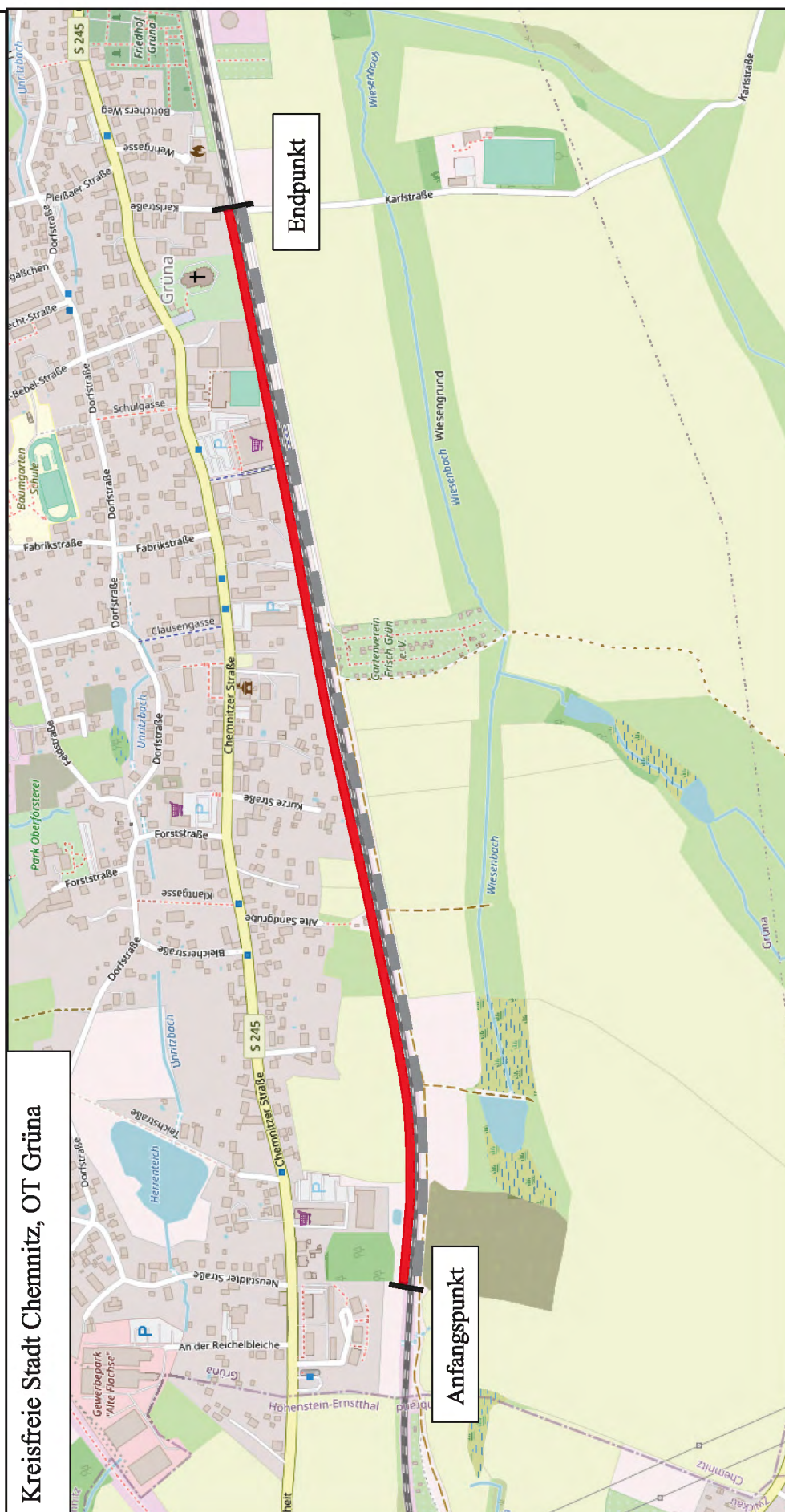
Anlage zur Verfügung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (Zentrale) vom 24. Juni 2021 (Az: 13-4043/41/21) über die Abstufung eines 1,359 km langen Teilschnittes der Ortsstraße „Schachtweg“ zum öffentlichen Feld- und Waldweg in Chemnitz, OT Gröna

abzustufender Teil der Ortsstraße.

Kreisfreie Stadt Chemnitz, OT Gröna

## Endpunkt

## Anfangspunkt





# **Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Tontagebau Buchholz“ nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung**

**Vom 29. Juni 2021**

Die Oberlausitzer Tonbergbau GmbH, Buchholz 62a in 02894 Vierkirchen hat am 1. März 2021 die Vorprüfung des Einzelfalls auf UVP-Pflicht für die Änderung des Rahmenbetriebsplanes „Tontagebau Buchholz, Erweiterungsfeld-SE, Block 5a und Erweiterungsfeld-SW“ beantragt.

Das bisherige Vorhaben ist durch Planfeststellungsbeschluss vom 22. August 2002 (einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfung) in der Fassung der Planänderungs-/Planergänzungsbeschlüsse vom 22. Februar 2005, vom 8. Oktober 2010 und vom 28. Juli 2017 (einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfung) planfestgestellt.

Die beantragte Änderung bezieht sich auf die Tongewinnung im Übergangsbereich von Block 5 in das Erweiterungsfeld-SE. Auf einer Fläche von circa 1,17 Hektar soll der Abbau bis auf die 145-Meter-Sohle erfolgen. Die Vertiefung des Abbaus um 10 bis 15 Meter ist zeitlich auf zwei Jahre begrenzt, unmittelbar nach der geplanten Austonung werden die abgebauten Bereiche mit Abraummassen bis auf das Niveau von 160 Meter NHN wieder verfüllt. Durch die geplante Abbauvertiefung wird eine weitergehende Entspannung des Grundwassers bis in den fünften Grundwasserleiter erforderlich, damit verbunden ist die zeitweise Anhebung der Fördermenge des Grundwassers um circa 15 Liter pro Sekunde für etwa vier Jahre.

Das Sächsische Oberbergamt hat gemäß § 51 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540) in Verbindung mit 15.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben vom 13. Juli 1990 (BGBl. I Seite 1420), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 8. November 2019 (BGBl. I S. 1581) geändert worden ist, gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht vorgenommen.

Das Sächsische Oberbergamt hat festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da die Vorprüfung der UVP-Pflicht gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu dem Ergebnis kam, dass die Änderung keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen oder anderen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Der durchgeführten Vorprüfung des Einzelfalls lagen folgende Informationen zugrunde:

- Antrag auf Überprüfung der UVP-Pflicht und Feststellung des Genehmigungsverfahrens zur Vertiefung auf einer bereits planfestgestellten Fläche vom 1. März 2021
- Unterlage zur Tongewinnung auf einer 145-m-Sohle im Erweiterungsfeld-SE des Tontagebau Buchholz vom 28. Oktober 2020

- Gutachterliche Stellungnahme zur Dimensionierung des Klärbeckens im Tontagebau Buchholz vom 17. Februar 2021
- Übersichtsplan Maßstab 1:5 000 vom 16. Februar 2021

Die wesentlichen Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind:

Durch die geplante Änderung sind keine erheblichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt (Schutzgüter Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sowie deren Wechselwirkungen untereinander) zu erwarten.

Die geplante lokale, temporäre Abbauvertiefung und die Anhebung der Grundwasserförderung führen nicht zu so großen Auswirkungen, dass daraus wesentliche Umweltauswirkungen entstehen können. Insbesondere die zeitweilige Erhöhung der Einleitmenge in den Vorfluter Cunnewitzer Wasser werden gemäß der fachgutachterlichen Stellungnahme zu keinen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen führen, da die Einhaltung der hydrochemischen Parameter der Einleitwässer (Schwebstoffgehalt) sichergestellt wird.

Das Ausmaß, die Schwere und Komplexität, die Wahrscheinlichkeit sowie die Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen können mit den vorliegenden Unterlagen als nicht erheblich bewertet werden. Die Auswirkungen dieses Vorhabens wirken nicht mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben zusammen. Die Auswirkungen haben auch keinen grenzüberschreitenden Charakter.

Keine der möglichen Auswirkungen wird als erheblich nachteilig im Sinne von § 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung angesehen, die nach § 25 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen wären.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht auch nicht dadurch, dass mehrere Vorhaben derselben Art gleichzeitig beziehungsweise zeitnah verwirklicht werden sollen (kumulierende Vorhaben). Derartiges ist nicht bekannt, die maßgeblichen Schwellenwerte werden nicht überschritten.

Im Weiteren besteht auch keine Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit aufgrund der Lage des Vorhabens in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet sowie in gemäß RL 79/409/EWG oder 92/43/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten.

Die Feststellung des Nichtbestehens der UVP-Pflicht ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 25 des Gesetzes

vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, im Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg, zugänglich zu machen.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite des Sächsischen Oberbergamts unter <http://www.oba.sachsen.de> einsehbar.

Freiberg, den 29. Juni 2021

Sächsisches Oberbergamt  
Dr. Falk Ebersbach  
Referatseiter

# **Bekanntmachung**

## **der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien**

### **über die Änderung der Satzung**

## **der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien**

### **zur Förderung der Verbreitungskosten lokaler Fernsehveranstalter**

### **(Förderprogramm Verbreitungskosten lokaler Fernsehveranstalter)**

**Vom 29. Juni 2021**

Der Medienrat der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) hat in seiner Sitzung am 29. Juni 2021 die Änderung der Satzung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien zur Förderung der Verbreitungskosten lokaler Fernsehveranstalter vom 26. Januar 2015 (SächsABl. S. 281) beschlossen:

#### **§ 1**

#### **Änderungen**

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) Ziffer 1 erhält folgende Fassung:  
„ist ein regionales oder lokales Fernsehprogramm ein redaktionell gestaltetes Fernsehprogramm, in dem im Wesentlichen lokale und regionale Inhalte verbreitet werden,“
- b) In Ziffer 2 werden die Wörter „für ein regionales oder lokales Fernsehprogramm“ gestrichen.
- c) Ziffer 3 erhält folgende Fassung:  
„umfasst Werbung sämtliche Werbeformen nach dem Medienstaatsvertrag, insbesondere Werbespots, Dauerwerbesendungen, Sponsoring, Tele-shopping und Produktplatzierung,“

2. § 3 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Dafür können gemäß § 1 Absatz 2 Satz 5 des Sächsischen Gesetzes zur Durchführung des Medienstaatsvertrages und des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages in Verbindung mit § 112 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des Medienstaatsvertrages auch Mittel aus dem Rundfunkbeitrag verwendet werden.“

3. § 5 erhält folgende Fassung:

„(1) Die SLM kann Veranstalter mit der öffentlichen Aufgabe betrauen, die bestehende Vielfalt der Meinungen in ausgewogener Weise im jeweiligen Versorgungsgebiet durch hochwertige Fernsehprogramme zum Ausdruck zu bringen. Jeder Veranstalter kann in einem Versorgungsgebiet nur mit einem Programm betraut werden. Soweit ein Veranstalter bereits ein betrautes lokales oder regionales Fernsehprogramm produziert, ist die Betrauung eines weiteren von ihm produzierten Programms im selben Versorgungsgebiet nicht möglich. Ein Veranstalter darf nicht mit mehr als fünf Programmen betraut werden. Gleiches gilt für Veranstalter, deren Programme gemäß § 62 Medienstaatsvertrag einem Unternehmen zuzurechnen sind.

(2) Das Programm soll über lokales und regionales Geschehen, insbesondere zu den Bereichen Bildung, Heimatgeschichte, Kultur, Politik, Religion, Soziales, Sport, Tradition, Wirtschaft und Wissenschaft möglichst unmittelbar und in vielfältigen Darstellungsformen im Bewegtbild informieren sowie relevante gesellschaftliche Gruppen angemessen zu Wort kommen lassen. Dabei soll sich das Programm an alle Fernsehzuschauer in dem jeweiligen Versorgungsgebiet richten. Die journalistische Sorgfalt ist zu beachten.

(3) Mit der Betrauung sind die Veranstalter unbeschadet der sonstigen Vorgaben des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes (SächsPRG) und der Auflagen und Bedingungen der medienrechtlichen Lizenz des von der Verbreitungsförderung betroffenen Programms verpflichtet, insgesamt 100 Minuten pro Woche neues Sendematerial gemäß den inhaltlichen Vorgaben in Absatz 2 herzustellen und zu verbreiten. Die zur Erfüllung dieser Verpflichtung verbreiteten Sendungen sollen mehrfach wiederholt ausgestrahlt werden.

(4) Im Rahmen der Verpflichtung nach Absatz 3 müssen die Veranstalter von Montag bis Freitag eine täglich vollständig zu aktualisierende Nachrichten- und Informationssendung aus dem Versorgungsgebiet mit einem zeitlichen Produktionsumfang von mindestens 15 Minuten (ohne Anrechnung der Sendezeit für Werbung oder Wiederholungen) herstellen und verbreiten. Umfasst das Versorgungsgebiet eines betrauten Programms mehr als einen Kulturraum gemäß § 1 des Gesetzes über die Kulturräume in Sachsen (Sächs-KRG), beträgt der Produktionsumfang nach Satz 1 mindestens 30 Minuten unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltungssitze der Kreisverwaltungen im Versorgungsgebiet.

(5) Die Verpflichtung nach Absatz 4 entfällt an gesetzlichen Feiertagen im Freistaat Sachsen sowie am 24.12. und am 31.12.

(6) Abweichungen von der Mindestdauer nach Absatz 3 sind im Umfang von bis zu 30 Minuten in einer Kalenderwoche unschädlich, soweit ein Ausgleich innerhalb des laufenden Kalendermonats erfolgt. Wochen, die über eine Monatsgrenze hinausgehen, sind dem Monat zuzurechnen, zu dem die Mehrzahl der Wochentage gehört.

(7) Die Betrauung wird von der medienrechtlichen Sendelizenz getrennt befristet ausgesprochen und kann verlängert werden, nicht jedoch über die Geltungsdauer der medienrechtlichen Lizenz hinaus. Die Verlängerung der medienrechtlichen Lizenz bewirkt keine Verlängerung der Betrauung, das Erlöschen der medienrechtlichen Lizenz lässt auch die Betrauung erlöschen.“

4. § 5a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 5 Absätze 3 und 4, Absatz 5 Satz 1“ durch die Angabe „§ 5 Absätze 3 und 4“ ersetzt.
- b) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 6 Absatz 10 lit. b)“ durch die Angabe „§ 6 Absatz 9“ ersetzt.

5. In § 6 werden die bisherigen Absätze 4 bis 11 durch folgende neue Absätze 4 bis 10 ersetzt:

„(4) Bei einer Auswahlentscheidung sind die in § 1 genannten Grundsätze maßgebend. Soweit die Summe aller nach Absatz 2 förderfähigen Zuführungs- und Ver-

breitungskosten, die gemäß § 8 Absatz 1 fristgemäß von Antragsberechtigten beantragt wurden, die Gesamtsumme der Haushaltsmittel im dafür vorgesehenen Haushaltstitel im Haushaltsplan der SLM übersteigen, wird die SLM die Bewilligung der Zuwendung aufgrund der folgenden Prioritätsrangfolge durchführen:

1. Zuführungs- und Verbreitungskosten für die Verbreitung in digitaler Technik über Satellit, soweit die zum direkten Empfang von Rundfunkprogrammen durch die Bevölkerung im Versorgungsgebiet genutzt wird (§ 6a),
2. Zuführungs- und Verbreitungskosten für die drahtlose Verbreitung in digitaler Technik über erdgebundene Sender (DVB-T und Nachfolgetechniken),
3. Zuführungs- und Verbreitungskosten für die digitale Verbreitung über sonstige Plattformen, einschließlich Breitband-kabelanlagen und DSL-Verbreitung.

Soweit innerhalb einer Prioritätsstufe die beantragten Kosten die zur Verfügung stehenden Mittel übersteigen, werden die förderfähigen Zuführungs- und Verbreitungskosten aller darin beantragten betrauten Programme mit einem gleichen Anteil an den beantragten förderfähigen Kosten gefördert (relative Gleichbehandlung).

(5) Die Förderung erfolgt auf der Grundlage eines vom Antragsteller vorzulegenden Finanzplans, aus dem der spezifische Bedarf für die Erfüllung der betrauten Aufgabe hervorgeht. Neben den Angaben zu den technischen Verbreitungsparametern gehört dazu auch ein Programmschema.

(6) Die Förderung erfolgt nach den Maßgaben des Beschlusses der Europäischen Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (2012/21/EU, „DAWI-Freistellungsbeschlusses“). Die Förderung erfolgt in diesem Falle im Wege der Fehlbetragsförderung.

(7) Für betraute Veranstalter, die der SLM mit dem Förderantrag nach § 8 Absatz 1 verbindlich für jedes Förderjahr erklären, dass die Voraussetzungen für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen für ihr Unternehmen vorliegen, gelten die Maßgaben des DAWI-Freistellungsbeschlusses nicht. Die Förderung erfolgt in diesem Falle im Wege der Festbetragsförderung.

(8) Die Förderung darf nicht über den Betrag hinausgehen, der einer wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung entspricht.

(9) Jeder Zuwendungsempfänger hat einen Eigenanteil von mindestens 10 vom Hundert der förderfähigen Verbreitungskosten zu tragen. Die Möglichkeit der Fest-

legung eines höheren Eigenanteils durch die SLM nach Absatz 3 bleibt unberührt.

(10) Weitere Einzelheiten werden im jeweiligen Bescheid zur Bewilligung der Förderung geregelt.“

6. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

„§ 6a

Förderung der Satellitenverbreitung

(1) Falls die Förderung der SLM auf eine Satellitenkapazität beschränkt ist, setzt eine Förderung voraus, dass die Kapazität von mehreren Veranstaltern lokaler und regionaler Fernsehprogramme in Sachsen gemeinsam in der Weise genutzt wird, dass über die Satellitenkapazität eine den Vorgaben des § 5 entsprechende Berichterstattung aus allen Kulturräumen gemäß § 1 des Gesetzes über die Kulturräume in Sachsen (Sächs-KRG) erfolgt. In den ersten zwölf Monaten nach Beginn der Satellitenverbreitung genügt eine Berichterstattung aus sechs Kulturräumen.

(2) Die gemeinsame Nutzung der Satellitenkapazität nach Absatz 1 kann auch in der Weise erfolgen, dass ein Mantelprogramm mit lokaler und regionaler Berichterstattung aus dem gesamten Freistaat Sachsen und Fensterprogramme mit lokaler und regionaler Berichterstattung aus den Kulturräumen gemeinsam verbreitet werden.

(3) Jeder Veranstalter, der Inhalte über gemeinsam genutzte Satellitenkapazitäten verbreitet, kann anteilig hinsichtlich seiner konkreten Verbreitungskosten gefördert werden.

(4) Verbreitungskosten für die Dauer der Übernahme von Inhalten bundesweit ausgerichteter Fernsehprogramme einschließlich Teleshoppingkanälen und bundesweit ausgerichteter Telemedien sind nicht förderfähig.“

7. In § 8 Absatz 3 werden die Wörter „im Original“ durch die Wörter „in Kopie“ ersetzt.

8. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Angabe „§ 5 Absatz 3 Satz 1, 4 und 5“ durch die Angabe „§ 5 Absatz 3“ und die Angabe „§ 5 Absatz 3 Satz 5“ durch die Angabe „§ 5 Absatz 6“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 5 Absatz 3 Satz 1, 4 und 5“ durch die Angabe „§ 5 Absatz 3“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „§ 5 Absatz 3 Satz 2, 3 und 4“ durch die Angabe „§ 5 Absatz 4“ ersetzt.

§ 2

Inkrafttreten

Die Änderungen treten am Tag der Veröffentlichung in Kraft. Die Bekanntmachung erfolgt im Sächsischen Amtsblatt.

Leipzig, den 29. Juni 2021

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien  
Prof. Dr. Heinker  
Präsident des Medienrates

# Satzung zur Durchführung der Vorschriften gemäß § 84 Absatz 8 Medienstaatsvertrag zur leichten Auffindbarkeit von privaten Angeboten (Public-Value-Satzung)

**Vom 29. Juni 2021**

Aufgrund von § 84 Absatz 8 des Medienstaatsvertrages (MStV) vom 28. April 2020 (SächsGVBl. S. 381) erlässt die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) übereinstimmend mit den übrigen Landesmedienanstalten folgende Satzung:

## Präambel

Auffindbarkeit wird für Inhalteangebote – insbesondere online – immer wichtiger. Aufgrund quantitativ steigender Angebotsvielfalt wird es beispielsweise für kostenintensive journalistische Angebote zunehmend schwerer, die auch zur Refinanzierung notwendige Aufmerksamkeit zu generieren.

Die im Medienstaatsvertrag vorgesehene Mechanik der leichten Auffindbarkeit bestimmter für die öffentliche Meinungsbildung besonders relevanter Angebote auf Benutzeroberflächen verfolgt die Ziele, die Vielfalt zu stärken und der steigenden Bedeutung der Auffindbarkeit Rechnung zu tragen. Es entsteht ein direkter individueller Nutzen bei den Rezipierenden, der sich auch auf die öffentliche Meinungsbildung insgesamt auswirkt. Die leichte Auffindbarkeit soll bestehende Akteure, die für die öffentliche Meinungsbildung relevante Inhalte anbieten, darin bestärken sowie dieses Engagement auch für weitere Anbieter interessant machen.

## § 1 Zweck

Die Landesmedienanstalten bestimmen nach Maßgabe des § 84 Absatz 5 MStV Anbieter von Angeboten (im Folgenden «Angebote») im Sinne von § 84 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 MStV (Bestimmungsverfahren).

## § 2 Antragsberechtigung

Antragsberechtigt sind

1. gemäß § 84 Absatz 3 Satz 2 MStV Rundfunkangebote privater Anbieter, die in besonderem Maß einen Beitrag zur Meinungs- und Angebotsvielfalt im Bundesgebiet leisten, oder
2. gemäß § 84 Absatz 4 MStV vergleichbare rundfunkähnliche Telemedienangebote oder Angebote nach § 2 Absatz 2 Nummer 14 lit. b MStV, die in besonderem Maß einen Beitrag zur Meinungs- und Angebotsvielfalt im Bundesgebiet leisten, oder softwarebasierte Anwendungen, die ihrer unmittelbaren Ansteuerung dienen.

## § 3 Zuständigkeit und Ausschreibung

(1) <sup>1</sup>Das Bestimmungsverfahren wird von der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) geführt (§ 105 Absatz 1 Nummer 9 MStV). <sup>2</sup>Es wird für die Bereiche Audio- und

Bewegtbildangebote durch je eine gemeinsame Ausschreibung aller Landesmedienanstalten, die die Stellungnahme der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) berücksichtigt, eingeleitet. <sup>3</sup>In den Ausschreibungen wird eine das Verfahren führende zuständige Landesmedienanstalt bestimmt.

(2) In den Ausschreibungen werden ergänzende Regelungen zum Verfahren und zu den wesentlichen Anforderungen an die Antragstellung festgelegt.

(3) Die Ausschreibungen werden durch alle Landesmedienanstalten in geeigneter Weise und auf dem Internetauftritt unter der Dachmarke «die medienanstalten» veröffentlicht.

(4) Das Ausschreibungsverfahren soll erstmals im September 2021 starten.

## § 4 Antragstellung

<sup>1</sup>Anträge sind schriftlich bei der zuständigen Landesmedienanstalt innerhalb der in der jeweiligen Ausschreibung gesetzten Ausschlussfrist einzureichen. <sup>2</sup>Anträgen müssen eine Prüfung des Beitrags zur Meinungs- und Angebotsvielfalt des jeweiligen Angebots oder der jeweiligen softwarebasierten Anwendung ermöglichende Unterlagen beigelegt werden und mindestens folgende Informationen enthalten:

1. Tatsachen, aus denen folgt, dass es sich bei dem Angebot um ein privates Rundfunkangebot nach § 84 Absatz 3 MStV oder nach § 84 Absatz 4 MStV ein privates vergleichbares rundfunkähnliches Telemedienangebot oder ein Angebot nach § 2 Absatz 2 Nummer 14 lit. b MStV oder eine softwarebasierte Anwendung, die ihrer unmittelbaren Ansteuerung dient, handelt;
2. inhaltliche Beschreibung des Angebots und Darlegung, aus welchen Umständen sich der besondere Beitrag zur Angebots- und Meinungsvielfalt im Bundesgebiet ergibt;
3. Angaben zu den bei der Bestimmung zu beachtenden Kriterien nach § 84 Absatz 5 MStV und § 7.

## § 5 Verfahrensgang

(1) <sup>1</sup>Die zuständige Landesmedienanstalt prüft die eingegangenen Anträge. <sup>2</sup>Sie prüft hierbei, ob die Voraussetzungen für die Bestimmung des jeweiligen Angebots oder der jeweiligen softwarebasierten Anwendung nach §§ 2, 7 und 8 gegeben sind.

(2) Die ZAK stellt für jedes Angebot oder für die jeweilige softwarebasierte Anwendung durch Beschluss fest, ob die Voraussetzungen gegeben sind.

(3) <sup>1</sup>Die förmliche Bestimmung erfolgt durch die zuständige Landesmedienanstalt. <sup>2</sup>Sie ist hierbei an die Entscheidungen der ZAK gebunden.

## **§ 6 Abschluss des Verfahrens**

(1) Die Entscheidung über den jeweiligen Antrag ergeht gegenüber den Antragstellenden durch Verwaltungsakt.

(2) Die getroffenen Feststellungen gelten jeweils für die Dauer von drei Jahren ab dem im Verwaltungsakt bekanntgegebenen Datum.

(3) Änderungen des Angebots, die vor oder nach der Entscheidung über den Antrag eintreten, und die für die Bestimmung nach den §§ 7 und 8 wesentlich sind, haben die Antragstellenden unverzüglich der zuständigen Landesmedienanstalt mitzuteilen.

(4) Die Entscheidung nach § 6 Absatz 1 kann durch die zuständige Landesmedienanstalt widerrufen werden, wenn nachträglich wesentliche Veränderungen des Angebots eintreten, nach denen das Angebot den §§ 7 und 8 nicht mehr genügt.

## **§ 7 Kriterien für die Bestimmung**

<sup>1</sup>Bei der Bestimmung der Angebote nach § 84 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 MStV sind nur die in § 84 Absatz 5 MStV genannten Kriterien einzubeziehen. <sup>2</sup>Dabei gelten vorbehaltlich anderslautender Definitionen im Medienstaatsvertrag als

1. nachrichtliche Berichterstattung über politisches oder zeitgeschichtliches Geschehen das Angebot journalistisch-redaktionell gestalteter Inhalte, die bezogen auf das gesamte Angebot einen möglichst vollständigen Querschnitt der für die öffentliche Meinungsbildung relevanten Teilbereiche des politischen und zeitgeschichtlichen Gesellschaftsgeschehens abbilden und deren Schwerpunkt in der Berichterstattung über tatsächliche Ereignisse liegt;
2. regionale und lokale Informationen solche im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 25 MStV, die einen eindeutigen Bezug zu in kulturellem Zusammenhang stehenden und räumlich abgegrenzten Gebieten aufweisen, die auch länderübergreifend sein können;
3. Eigenproduktionen Angebote, deren Herstellung und Bearbeitung ganz oder überwiegend vom für den Inhalt verantwortlichen Anbieter mit eigenen Produktionsmitteln durchgeführt und finanziert oder mit entsprechender journalistisch-redaktioneller Einflussmöglichkeit produziert werden. Als Eigenproduktion gelten auch solche Produktionen, die nach Beauftragung eines Produktionsunternehmens durch einen Anbieter für diesen produziert werden;
4. barrierefreie Angebote solche, die für Menschen mit Behinderungen in der für diese allgemein üblichen Weise, nach dem jeweiligen Stand der Technik und unter Nutzung notwendiger Hilfsmittel ohne besondere Erschwerung und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind;
5. ausgebildete Mitarbeiter solche, die eine ihrer journalistischen oder medientechnischen Aufgabe bei der Programmerstellung entsprechende Berufsausbildung oder ein entsprechendes Studium absolviert haben oder nicht weniger als fünf Jahre Berufserfahrung nachweisen können. Untergeordnete Hilfsarbeiten sind nicht einzubeziehen;
6. europäische Werke solche im Sinne des § 2 Nummer 3 der gemeinsamen Satzung der Landesmedienanstalten zu europäischen Produktionen gemäß § 77 MStV;

7. Angebote für junge Zielgruppen solche, die eindeutig an Kinder oder junge Erwachsene bis zum Alter von 29 Jahren gerichtet sind. Dabei werden berücksichtigt:
  - a) Rundfunkangebote, die gemäß § 9 Absatz 1 MStV nicht durch Rundfunkwerbung oder Teleshopping unterbrochen werden dürfen, oder Telemedienangebote, die bei dem Angebot eines in der Ausrichtung dem einzustufenden Inhalt gleichenden Inhalts als Rundfunk gemäß § 9 Absatz 1 MStV nicht durch Rundfunkwerbung oder Teleshopping unterbrochen werden dürften (Angebote für Kinder);
  - b) Angebote, die sich nach einer einzelfallbezogenen Gesamtbetrachtung von Inhalt, Form und Sendezeit eindeutig an eine Zielgruppe von 14 bis 29 Jahren richten (Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene), sofern sie im Schwerpunkt Informationen im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 25 MStV zum Gegenstand haben.

## **§ 8 Grundsätze der Bestimmung**

Die Bestimmung erfolgt in einer Gesamtschau, die sich an den folgenden Grundsätzen orientiert:

1. Angebote, die grundsätzlich den anerkannten journalistischen Grundsätzen und sonstigen Vorgaben des Medienstaatsvertrags nicht entsprechen, sind nicht geeignet, in einem besonderen Maß zur Meinungs- und Angebotsvielfalt beizutragen;
2. sofern zu den in § 7 genannten Kriterien entsprechende gesetzliche Vorgaben einschlägig sind, sollen in die Feststellung nur über die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Maßnahmen berücksichtigt werden;
3. bei der Feststellung eines besonderen Beitrags zur Meinungs- und Angebotsvielfalt sollen bevorzugt der zeitliche Anteil an nachrichtlicher Berichterstattung über politisches oder zeitgeschichtliches Geschehen und der zeitliche Anteil an regionalen und lokalen Informationen sowie der Anteil an Angeboten für junge Zielgruppen berücksichtigt werden;
4. bei Rundfunkangeboten im Sinne des § 84 Absatz 3 Satz 1 MStV sind bezüglich der Kriterien gemäß § 7 Nummern 1, 2, 4 und 7 die Regelmäßigkeit der Ausstrahlung, der zeitliche Umfang und der Zeitpunkt der Programmierung der entsprechenden Sendungen zu berücksichtigen;
5. bei Telemedienangeboten im Sinne des § 84 Absatz 4 MStV sind bezüglich der Kriterien gemäß § 7 Nummern 1, 2, 4 und 7 die regelmäßige Aktualisierung, der zeitliche oder sonstige Umfang sowie die Platzierung und Zugänglichkeit innerhalb des Telemedienangebotes zu berücksichtigen;
6. im Rahmen der Feststellung eines sich auf das besondere Maß des Beitrags zur Meinungs- und Angebotsvielfalt positiv auswirkenden höheren Anteils an ausgebildeten Mitarbeitern im Sinne des § 7 Nummer 5 sollen nur Verhältnisse der ausgebildeten Mitarbeiter zu den auszubildenden Mitarbeitern von wenigstens drei zu eins berücksichtigt werden.

## **§ 9 Umsetzung**

(1) Nach Abschluss des Bestimmungsverfahrens veröffentlichen die Landesmedienanstalten je eine Liste für Bewegtbild- und Audioangebote auf dem Internetauftritt unter der Dachmarke «die medienanstalten» zur Umsetzung durch die Anbieter von Benutzeroberflächen.

(2) Die Sortierung oder Anordnung von Angeboten oder Inhalten muss auf einfache Weise und dauerhaft durch den Nutzer individualisiert werden können.

(3) <sup>1</sup>Die durch die ZAK als Organ der zuständigen Landesmedienanstalt festgelegte Reihenfolge der Listen ergibt sich aus der gemäß §§ 7 und 8 vorgenommenen Gesamtchau. <sup>2</sup>Sofern und soweit der Anbieter einer Benutzeroberfläche bei der Sortierung und Anordnung der Angebote eine Reihenfolge abbildet, dienen die Listen der Umsetzung durch die Anbieter von Benutzeroberflächen.

(4) Die zuständige Landesmedienanstalt hat die Aufgabe, auf eine Einigung mit den Anbietern der gesetzlich bestimmten beitragsfinanzierten Programme und der zuge-

hörigen Telemedienangebote bezüglich der Reihenfolge der Darstellung hinzuwirken.

#### **§ 10 Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Diese Satzung tritt am 1. September 2021 in Kraft.  
<sup>2</sup>Sind bis zum 31. August 2021 übereinstimmende Satzungen nicht von allen Landesmedienanstalten erlassen und veröffentlicht worden, wird diese Satzung gegenstandslos.  
<sup>3</sup>Der Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) veröffentlicht im Internetauftritt unter der Dachmarke «die medienanstalten», ob alle Landesmedienanstalten innerhalb der Frist des Satzes 2 übereinstimmende Satzungen erlassen und veröffentlicht haben.

Leipzig, den 29. Juni 2021

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien  
Prof. Dr. Markus Heinker  
Präsident des Medienrates

**Bekanntmachung  
des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge  
über die Genehmigung der 5. Änderung  
der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft  
zwischen der Stadt Bad Schandau (erfüllende Gemeinde) und  
den Gemeinden Rathmannsdorf und Reinhardtsdorf-Schöna**

**Vom 24. Juni 2021**

Das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hat mit Bescheid vom 9. Juni 2021 über die 5. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Bad Schandau (erfüllende Gemeinde) und den Gemeinden Rathmannsdorf und Reinhardtsdorf-Schöna vom 1. Juni 2021, auf der Grundlage der §§ 37, 38 Absatz 1 und 74 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 271), wie folgt entschieden:

„1. Die 5. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Bad

Schandau (erfüllende Gemeinde) und den Gemeinden Rathmannsdorf und Reinhardtsdorf-Schöna wird genehmigt.

2. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.“

Gemäß §§ 38 Absatz 1 und 13 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit werden hiermit die Genehmigung und die 5. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung öffentlich bekannt gemacht.

Die 5. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Pirna, den 24. Juni 2021

Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge  
M. Geisler  
Landrat



## 5. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Bad Schandau und den Gemeinden Rathmannsdorf und Reinhardtsdorf-Schöna

Aufgrund von §§ 36ff. des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 271), wird von den beteiligten Gemeinden folgende Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung der Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Bad Schandau (erfüllende Gemeinde) und den Gemeinden Rathmannsdorf und Reinhardtsdorf-Schöna vom 6. Dezember 2001 (SächsABl. 2002 S. 660), zuletzt geändert mit Vereinbarung der 4. Änderung vom 12. Dezember 2018 (SächsABl. 2019 S. 829ff.), vereinbart:

### Artikel 1 Änderung

§ 6 erhält folgende Fassung:

#### § 6 Deckung des Finanzbedarfs

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen der erfüllenden Gemeinde zur Deckung des Finanzbedarfs für die Aufgabenwahrnehmung im Sinne des § 3 Abs. 1 und 2 dieser Vereinbarung nicht ausreichen, erhebt die erfüllende Gemeinde von den beteiligten Gemeinden eine Umlage.

(2) Die Höhe der Umlage zur Deckung des laufenden Aufwandes wird für die Jahre 2021 bis 2024 pauschal wie folgt vereinbart:

- a) Im Jahr 2021 mit 119,69 €/Einwohner als Personalkostenumlage; der Umlagesatz pro Einwohner erhöht sich jeweils im Folgejahr um 2%.

- b) Im Jahr 2021 mit 6,05 €/Einwohner als Sachkostenumlage; dieser Umlagesatz ist keiner Progression unterworfen.  
c) Ab 2025 sind die Umlagesätze neu festzulegen.

(3) Investive Auszahlungen werden auf der Basis der tatsächlich angefallenen Beträge nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen umgelegt (Investitionsumlage).

(4) Für die Berechnung der Umlage ist die vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen zum 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl maßgebend.

(5) Die Erhebung der Umlage erfolgt im Voraus. Die Zahlungen der Mitgliedsgemeinden an die erfüllende Gemeinde werden in gleichbleibenden vierteljährlichen Raten jeweils zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. fällig.

### Artikel 2 Schlussbestimmungen, Inkrafttreten

(1) Gemäß § 7 Abs. 1 der geltenden Gemeinschaftsvereinbarung haben der Stadtrat der Stadt Bad Schandau am 28.04.2021 und die Gemeinderäte der Gemeinde Rathmannsdorf am 20.05.2021 und der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna am 14.04.2021 diese 5. Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung beschlossen.

(2) Diese Änderung der Gemeinschaftsvereinbarung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und dieser Änderung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Bad Schandau, den 25. Mai 2021

Stadt Bad Schandau  
Thomas Kunack  
Bürgermeister

Rathmannsdorf, den 1. Juni 2021

Gemeinde Rathmannsdorf  
Uwe Thiele  
Bürgermeister

Reinhardtsdorf-Schöna, den 27. Mai 2021

Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna  
Dr. Andreas Heine  
Bürgermeister



---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Lingnerallee 3  
01069 Dresden  
Telefon: 0351 485260  
Telefax: 0351 4852661  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

8. Juli 2021

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 9,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 